Alhambra

Zeitung und Programm

august 03

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 2488660
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Kein Fußbreit den FaschistInnen, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

VA: Uraneinsatz in Waffen	**03**
VA: Israel-Palästina	**05**
Messer, Knüppel, Lügen	**06**
FDP: Pflicht nach Rechts	**08**
BGH vs. Antifa	**10**
Literaturseite	**11**
Latein Amerika vs. IOM	**12**
Der angeschlagene Riese	**14**
Die Burg...	**16**
Buch: "la lucha sigue"	**19**
Interview mit Lila Downs	**20**
Vermischtes	**22**

letze Meldung:

EZLN: Plan Puebla Panamá wird durch die Hölle führen

In mehreren Kommuniques haben sich die mexikanische Rebellenorganisation EZLN und die zapatistischen Gemeinden Ende Juli an die Öffentlichkeit gewandt. Darin kündigen sie Änderungen an, „die ihre internen Funktionen und ihre Beziehungen mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft betreffen". Gleichzeitig schlägt die Organisation, die seit 1994 einen einseitigen Waffenstillstand aufrecht erhält, ungewohnt harte Töne gegenüber dem mexikanischen Staat sowie den paramilitärischen Gruppen an.

Der angekündigte Neustart des Plan-Puebla-Panamá müsse wohl „durch die Hölle führen, denn die Gebiete in Rebellion werden diesen Plan nicht erlauben. Die Zapatisten haben ausreichende Mittel und die nötige Organisation um die Konkretisierung dieses Planes zu verhindern. Dies ist keine Drohung, sondern eine Prophezeiung."

Den paramilitärischen Gruppen, die seit Jahren Morde und Gewalttaten gegen die zapatistischen Gemeinden ausführen und zur Zeit Angriffe gegen verschiedene Flüchtlingslager planten, wurde offen mit einer gewalttätigen Antwort gedroht: "Das Gesetz der Rache lautet Auge um Auge und Zahn um Zahn".

Zum 8. August gibt die EZLN zudem das Verschwinden der sogenannten „Aguascalientes" bekannt. An Stelle dieser Begegnungstätten mit der Zivilgesellschaft solle etwas Neues treten. Laut Subcommandante Marcos, Sprecher der EZLN und 30 autonomer Landkreise bedeute dies auch eine Abkehr vomPaternalismus einiger NGO's und Teilen der Zivilgesellschaft. „Die zapatistischen Gemeinden werden keine Überbleibsel mehr annehmen."

Demnächst solle „Radio Insurgente", die Radiostation der zapatistischen Bewegung, in den Bergen des mexikanischen Südostens auf Kurzwelle auf Sendung gehen.

Für den 8., 9. und 10. August wäre es zudem gut, wenn die mexikanische und internationale Zivilgesellschaft sich nichts vornehme.-"Wir wissen nicht, wieso"

Die kompletten Texte, sowie Hintergrundinfos sind im Internet einsehbar unter: www.gruppe-basta.de

gruppe basta oldenburg

„Uran-Einsatz in Waffen“

Veranstaltung

Mo., den 25.8.03
um 20 Uhr (pünktl.)
im Alhambra, Hermanntr. 83

In diesem Frühsommer wurde es erstmals von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen:

In den Kriegen gegen den Irak seit 1991 (und den im Zusammenhang damit in Kuwait und Saudi-Arabien abgehaltenen Manövern), im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan haben die USA und Großbritannien zusammen knapp 1000 Tonnen Uran in panzer- und bunkerbrechender Munition verbreitet. Der Einsatz dieser Munition hat die betroffenen Regionen dauerhaft schwer verseucht und zerstört die Gesundheit der dort lebenden Bevölkerung sowie der an den Kampfhandlungen beteiligten Soldaten.

Die lang andauernden Folgen für Umwelt und Gesundheit der betroffenen Menschen, der Sinn einer sich neu entwickelnden Kampagne gegen die Verwendung von Uran in Waffen, sowie sich in die Diskussion einschleichende Tendenzen von Rassismus und Behindertenfeindlichkeit sollen Thema des Films und der anschließenden Diskussion sein.

Uran
- ein giftiges Schwermetall
- ein Synonym für Atomwaffen

Die Brisanz ist auch eingefleischten Militärs klar. Warum verwenden sie es trotzdem? Materialien mit möglichst großer Dichte sind notwendig um einerseits Panzerungen und Bunkerwände zu verstärken und sie andererseits zu zerstören. Die meisten dieser Stoffe z.B. Wolfram sind auf dem Weltmarkt sehr knapp und teuer. (Abgereichertes) Uran (DU) dagegen ist (Gift-)müll, der in der Urananreicherung und der sog. „Wiederaufarbeitung“ abgebrannter Brennelemente aus AKW's massenhaft anfällt. Er ist für die Militärs also billig und in unbegrenzten Mengen zu haben.

Wirkung und Folgen

Trifft ein uranhaltiges Geschoß auf eine feste Oberfläche, durchdringt es diese zunächst wesentlich besser als konventionelle Munition; trifft es danach wieder in einen Raum geringerer Dichte z.B. Luft, zerbirst es in Stücke und Feinstaub. Der Feinstaub entzündet sich sofort, setzt dabei die Umgebung z.B. den Innenraum eines Panzers, Bunkers oder Hauses explosionsartig in Brand und verbrennt zu Uranoxid-Feinstaub.
Als gelöstes Metallsalz und fester Feinstaub verbreitet sich das Uran dann in der Biosphäre. Von den Soldaten wird es während ihres Einsatzes, von der Bevölkerung während ihres ganzen weiteren Lebens in den (ehemaligen) Kriegsregionen über die Haut, die Atemwege und die Verdauung aufgenommen. Neben den für alle Arten von Schwermetallen typischen Schäden an inneren Organen und Gehirn verursacht die Vergiftung mit Uran (wahrscheinlich) die Symptome der „Strahlenkrankheit“, eine massive Steigerung der Wahrscheinlichkeit, an diversen Arten von Krebs zu erkranken und durch genetische Schäden behinderte (richtiger: gesundheitlich geschädigte) Kinder zu bekommen.
Das „wahrscheinlich“ im vorherigen Satz ist Ausdruck der Tatsache, daß die beschriebenen Gesundheitsschäden bisher lediglich auf äußeren Beobachtungen an ehemaligen Soldaten der Siegerstaaten und in den Kriegsregionen beruhen. Systematische Forschungen wurden bisher von den militärisch-industriellen Komplexen weitgehend erfolgreich verhindert. Die gesundheitliche Versorgung der Erkrankten leidet bei den ehemaligen Soldaten (offiziell werden über 15% der US-Soldaten im Golfkrieg 1991 zugegeben) unter dem Mantel des Schweigens, den interessierte Kreise darüber ausbreiten und in den Kriegsgebieten zusätzlich unter den von den jeweiligen Sieger- und Besatzungsmächten vorgegebenen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Eine Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren findet nicht statt. Auch zur Frage der Beseitigung der uranverseuchten Kriegshinterlassenschaften und zur zumindest teilweisen Entseuchung von ehemaligen Kriegsgebieten von den giftigen Feinstäuben gibt es 13 Jahre nach dem ersten großflächigen Einsatz von Uranmunition keine ernsthaften Forschungen und Programme.

Angewandt haben diese Munition wahrscheinlich bisher nur die USA und Großbritannien. Zur Verfügung stände sie aber jederzeit unter anderem auch Rußland, allen NATO-Staaten, Australien und diversen asiatischen Staaten, die mit den USA verbündet sind. Deren Regierungen ver-

weigern jede öffentliche Positionierung zu dem Themenkomplex.

Mini-Nukes

Militärpolitisch gesehen ist der Einsatz von Uran-Munition nur ein Zwischenschritt, öffentliche Akzeptanz für die Kriegsführung mit Atomwaffen zu schaffen. Nach dem Krieg in Afghanistan wurde von US-Militärs öffentlich geklagt, daß die bisherige Munition nicht ausreiche, so genannte Bergfestungen zu zerstören. Dies war das Startzeichen, die Öffentlichkeit an die Entwicklung und den zukünftigen Einsatz „kleiner" Atomwaffen zu gewöhnen. Eingesetzt werden sollen sie (in Bedienung des rassistischen Grundkonsenses in den westlichen Industriestaaten) natürlich nur in den „Schurkenstaaten" des Südens. Außerdem sollen sie sich zunächst tief in den Untergrund bohren, bevor die atomare Explosion ausgelöst wird. Dadurch soll angeblich keine radioaktive Strahlung freigesetzt werden - zumindest keine, die „weiße gute" Menschen aus Europa und Nordamerika gefährdet ...
Daß diese Angaben geschönt sind, dürfte sicher sein. Dennoch sollen in den USA im Herbst entscheidende Weichen für die Entwicklung der Mini-Nukes gestellt werden.

Was tun?

Es gibt also einige Gründe, Kampagnen gegen diese besonders grausamen Waffen vergleichbar der Kampagne gegen die Landminen zu starten. So reiste in den vergangenen Wochen Damacio Lopez, USA vom International Depleted Uranium Study Team (www.idust.det) durch Europa. Er zeigte die englisch-sprachige Original-Version, des Videos, das auf der Veranstaltung in einer gekürzten deutsch-sprachige Version zu sehen sein wird. Er informierte über die Verbreitung und die Folgen des Einsatzes von Uran-Munition und die Pläne, die die USA in Sachen Mini-Nukes verfolgen. Er forderte dazu auf, mit Massen-Brief-Aktionen die Regierungen aufzufordern, detaillierte Auskunft über ihren Umgang mit Uran-Munition zu geben. Viele Gruppen der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung, z.B. die BI Lüchow-Dannenberg, denken in ähnlicher Richtung.

Allerdings schleichen sich in die beginnende Kampagne lange überwunden geglaubte politische Fehler ein:

- Die generelle Ablehnung imperialistischer Kriege geht hinter der Ablehnung besonders grausamer Waffen verloren.
- Es wird wieder mit Bildern behinderter und leidender Menschen Politik gemacht: Die Absicht den Täter die Folgen ihrer Taten vorzuführen ist sicher ehrenwert. Wahrscheinlicher ist aber, daß mit solchen Bildern (gewollt oder ungewollt) beim Publikum der Voyeurismus, Ängste und Ablehnung von Menschen, denen Krankheit und Behinderung äußerlich anzusehen sind, politisch instrumentalisiert werden. Damit werden die AdressatInnen einer Kampagne moralisch unter Druck gesetzt - und nicht politisch überzeugt. Damit können dann auch die seit einigen Jahren wieder verstärkt herrschenden Tendenzen zur Eugenik, zur Euthanasie und zur Beurteilung der Menschen nach ihrer Nützlichkeit, bedient und gefördert werden.
- Die öffentliche Auseinandersetzung mit den Folgen des Einsatzes von Uranmunition trägt bisher häufig rassistische Züge: Sie bricht in den einzelnen Staaten der westlichen Hemisphäre jeweils dann los, wenn SoldatInnen des eigenen Landes (in den USA vor allem weiße SoldatInnen) davon betroffen sind oder sein können. Deren Leiden werden dann auch in den Vordergrund gerückt. Die viel größeren Folgen für jene Bevölkerung, die auf Dauer in den verseuchten Kriegsgebieten lebt, werden in der Regel nur am Rande erwähnt.

Auch das u.a. von Damacio Lopez verbreitete Video, dessen gekürzte (und dadurch auch entschärfte) deutsche Fassung zu sehen sein wird, ist nicht frei von diesen Tendenzen. Neben der Information über die mit dem Einsatz von Uran-Munition zusammenhängenden Fakten, sollte die stärkere Sensibilität im politischen Umgang mit derartig gelagerten Themen eine der wichtigsten Konsequenzen der Veranstaltung sein.

Koloniale Nachkriegsordnung? Die Pläne für den Irak: Vorher – Nachher – Zwischendurch

Eine Armee **im Einsatz:** Verteidigungspolitisches Richtlinien

Krieg ist Krieg. Bumsti! – Die **Geschäftsgrundlagen kapitalistischen Friedens**

IOM: Auf dem Weg zu einem **globalen Migrationsregime**

Out of Control: Antirassistisches Grenzcamp vom 31.7.-10.8. in Köln

Genua und Göteborg zwei Jahre später: **GlobalisierungsgegnerInnen im Visier** europäischer Kriminal- und Justizbehörden

bremer kassiber stadtzeitung für politik, alltag, revolution

 # 53 (Juli 2003)

kassiber gibt es u.a. im gut sortierten Infoladen oder beim **VzVuN,** St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682, eMail: kassiber@brainlift.de
Beim VzVuN können auch kostenlose **Probehefte** angefordert werden!

Im Internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_home.htm

Film - Veranstaltung

Montag

11.8. `03

20.30 h

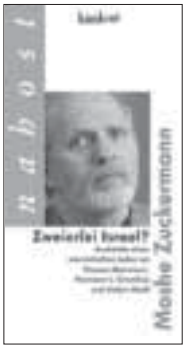
Podiumsdiskussion zum Israel - Palästina - Konflikt mit Moshe Zuckermann

Die Diskussionsrunde wurde im Juli im offenen Kanal Oldenburg ausgestrahlt. Es diskutiert ein Vertreter der deutsch-palästinensischen Gesellschaft (OI) mit Prof. Klaus Thörner, Vertreter der deutsch-israelischen Gesellschaft (OI) und dem Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv Moshe Zuckermann über Israel, die PalästinenserInnen, Spannungsfelder und weltpolitische Zusammenhänge. Das ist auch der Inhalt eines gerade im Konkret-Verlag erschienenen Buches von M. Zuckermann mit dem Titel „Zweierlei Israel“ (s.u.).

Während Klaus Thörner in einem weltweit zunehmenden Antisemitismus die Hauptgefahr für Israel sieht, verortet Zuckermann die Gefahr im Inneren des jüdischen Staates. Zuckermann redet über die innerisraelischen Konflikte, die nach einem Friedensschluss mit den PalästinenserInnen eine ungeahnte Dynamik entfalten könnten. Dazu zählt er das ungeklärte Verhältnis zwischen Staat und Religion, die zunehmende Kluft zwischen osteuropäischen und europäischen JüdInnen, die Verschärfung der Klassenspaltung sowie das Verhältnis zu den in Israel lebenden PalästinenserInnen mit israelischem Pass, die vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt sind. Zuckermann benennt das Dilemma, in dem Israel steckt. Eine Räumung der Siedlungen könnte zum bewaffneten Widerstand einer fanatischen Minderheit führen. Werden die besetzten Gebiete allerdings nicht aufgegeben, greife der demographische Faktor und Israel würde sich zu einem binationalen Staat entwickeln, in dem JüdInnen in der Minderheit wären. Weiterhin führen sie in der Debatte die Positionen, Interessen und Möglichkeiten der Einflussnahme von den USA und Europa im Nahen Osten aus. Eine anregende Diskussion mit vielen Facetten, die auch den Einstieg in die komplexe Thematik Israel-Palästina ermöglicht.

“Zweierlei Israel?“

Verwirrender war die Lage nie: Deutsche KommunistInnen ergreifen wie die deutsche Rechte im Kampf gegen Israel die Partei der PalästinenserInnen. Antideutsche Linke verteidigen Israels regierende Rechte, israelische KommunistInnen gelten ihr als Handlanger islamistischen Terrors. Man hört Rufe: „Antisemiten“, „Zionisten“, „Philosemiten“, „Rassisten“, „Imperialisten“. Der in Israel geborene Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, ist mit 21 Jahren von Frankfurt nach Israel emigriert. „Es war“, sagt er, „die erwachsene Entscheidung eines jungen linken Zionisten“. Inzwischen hat er sich vom Zionismus verabschiedet. Heute wird Zuckermann von Gegnern Israels als Antizionist in Anspruch genommen. Im Gespräch mit den Konkret-Autoren Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiss räumt er mit Missverständnissen dieser Art auf.



“Zweierlei Israel“*Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß*
Konkret Texte Band 34, Konkret Verlag, Hamburg 2003ISBN 3930786397, Taschenbuch139 Seiten, 12,00 EUR

Mailand / Italien:

Am 16. März 2003 wurde unser Freund und Genosse Davide „DAX“ Cesare von Faschisten in Mailand ermordet. Ein weiterer Genosse, Alex, liegt noch mit schweren Verletzungen im Krankenhaus. Freunde und Freundinnen der beiden, die im Krankenhaus San Paolo warteten, wurden von der Polizei brutal angegriffen. Eine weitere „chilenische Nacht“ in Italien.

Messer, Knüppel, Lügen

Messer

Am Sonntag, den 16. März 2003, gegen 23 Uhr waren vier Aktivisten des centro sociale O.R.SO (Officina Delle Resistenze SOciali) im Mailänder Viertel »Ticinese« unterwegs. In diesem südlichen Stadtteil sind mehrere besetzte Häuser und centri sociali beheimatet. Andererseits ist »Ticinese« auch ein beliebtes Ausgehviertel mit vielen Bars und Restaurants. Als die vier die von vielen Linken frequentierte Kneipe »Tipota« passierten, wurden sie unvermittelt von drei mit Messern bewaffneten Faschisten angegriffen. Gezielt stachen die Faschisten auf Vitalpunkte ein: Hals, Brustkorb, Lunge. Sie ließen erst von den Genossen ab, als zwei von ihnen regungslos am Boden lagen. Davide »DAX« Cesare schnitten die Faschisten die Kehle durch. Alex erhielt acht Stiche in den oberen Rücken, wovon einer die Lunge traf. Der dritte Aktivist erhielt zum Glück nur Stiche in ungefährdete Körperregionen, wie z.B. die Arme. Die Täter konnten flüchten.

Strassensperren

Während DAX in einer sich ständig vergrößernden Blutlache auf den Notarztwagen wartete, erreichten drei Streifen der Policia und eine der Carabinieri den Tatort. Sofort sperrte die Polizei die umliegenden Straßen ab. Somit war es dem Rettungswagen erst nach einer erheblichen Zeitverzögerung möglich, die Schwerverletzten zu erreichen. Noch auf dem Weg in das nahe gelegene Krankenhaus San Paolo verblutete unser Genosse DAX. Mit 26 Jahren hinterläßt er eine vier-jährige Tochter. Der sich in Lebensgefahr befindende Alex wurde im Laufe der Nacht mehrmals operiert.

Knüppel

Freunde und Freundinnen, Genossen und Genossinnen der Schwerverletzten warteten in dem Krankenhaus, um zu erfahren, wie es um DAX und Alex steht. Nachdem der diensthabende Arzt den Tod von DAX mitgeteilt hatte, folgte die zweite Angriffswelle: Die Wartenden wurden von Polizia und Carabinieri angegriffen. Ohne Anlaß und ohne Vorwarnung wurden sie attackiert. Mit Schlagstöcken, Eisenstangen und mindestens einem Baseballschläger schlugen die Polizisten auf alles ein, was sich in und um die Notaufnahme aufhielt. Unter Rufen wie »comunisti bastardi ... vi ammazziano tutti« (»verdammte Kommunisten ... wir bringen alle um«) machten sie selbst vor Pflegern, Notärzten und Patienten nicht halt. Gegen sieben Uhr Morgens konnten die letzten, nicht verhafteten Aktivisten das Krankenhaus verlassen. Bilanz dieses Angriffs: Mehr als vierzig Platzwunden, ausgeschlagene Zähne, eingeschlagene Köpfe, Verletzungen innerer Organe und verunstaltete Gesichter.

Lügen

Die italienische Presse, die zu einem überwiegenden Teil vom rechten Regierungschef Silvio Berlusconi kontrolliert wird, stellte den Angriff der Faschisten zunächst als unpolitische Schlägerei dar. Im weiteren Verlauf wurde versucht, eine Auseinandersetzung um die Kontrolle im Drogenhandel zu konstruieren. Die Vorfälle im Krankenhaus San Paolo wurden gänzlich verschwiegen. Von den italienischen GenossInnen wurde dieses Vorgehen mit dem wachsenden Einfluß der Alleanza Nazionale einerseits und dem sich auf einen Anti-Terror-Krieg vorbereitenden italieni-schen Staat in Verbindung gebracht. Erst nachdem in fast allen größeren italienischen Städten Solidaritätsaktionen stattfanden, kehrte die Presse zur Darstellung des tatsächlichen Hintergrunds zurück.

Solidarität

In Mailand und Florenz gab es bereits am 17. März 2003 größere Demonstrationen. In Bergamo, Bologna, Brescia, Catania, Turin etc. wurden Sit-Ins vor Polizeiwachen und Rathäusern durchgeführt. In Rom gab es eine Spontandemonstration zum Innenministe-rium. Als eine Pizzeria, die als Treff-punkt für Faschisten diente, angegriffen und verwüstet wurde, schoß ein Zivilpolizist mehrere Male in die Luft. Nachdem abermals ein rechter Pub zerstört wurde, errichtete die Polizei Straßensperren. Daraufhin änderte die Demo ihre Route und ging zu den Redaktionsräumen der Zeitung »La Republica«, um gegen die Desin-formation zu protestieren. In Neapel ging in der Nacht zum 17. März 2003 ein Lieferwagen mit Druckerzeugnissen der Alleanza Nazionale in Flammen auf. In Pisa explodierte ein Sprengsatz vor dem Sitz der Alleanza Nazionale.

Abschied

Am 22. März 2003 wurde DAX in Rozzano bei Mailand, dem Heimatort seiner Eltern, begraben. An der Beerdigung nahmen etwa 3.000 Personen aus der Linken Italiens, von Disobbedienti über Autonome, Anarchisten, Leuten aus den centri sociali bis zur Rifundazione Comunista teil. Um 14 Uhr begann in Mailand eine antifaschistische Demonstration, an der 15. bis 20.000 Menschen teilnahmen. Auch hierbei wurden mehrere Treffpunkte von Faschisten angegriffen,
was jedoch an gut schützenden Stahljalousien scheiterte. Die noch immer sehr bewegten Demonstrantinnen machten ihrem Ärger im Laufe der Demonstration mit einem angezündeten Immobilienbüro und einer entglasten Einkaufszeile in der Innenstadt Mailands Luft. Die letzten Scherben hatte das Mailänder Zentrum vor 15 Jahren erlebt.

Faschisten

Die Faschisten, die vor 25 Jahren am 18. März 1978 Fausto Tinelti und Lorenzo Ianucci vor dem Centro Sociale »Leoncavallo« in Mailand ermordeten, wurden nie gefasst. Der Tod von Fausto und Iaio war der letzte gezielte faschistische Mord an linken Aktivisten in Italien: bis zur Ermordung unseres Genossen DAX am 16. März 2003, 25 Jahre und zwei Tage später. Die Faschisten, die DAX ermordeten, konnten allerdings schon bald nach der Tat verhaftet werden. Es handelt sich dabei um einen Vater und seine zwei Söhne, die ca. 100 Meter vom Tatort entfernt leben. Sie konnten identifiziert werden, weil sie ihren Hund dabei hatten. Als sie flüchteten, riefen sie diesen mit seinem Namen »Rommel« (!), der auch in der Nachbarschaft bekannt war. Neben Waffen und allerlei Nazi- und Faschistenpropaganda fand die Polizei blutgetränkte Kleidungsstücke bei den Tätern.

Für DAX

DAX, wir werden Dich nie vergessen.
Du warst ein einzigartiger Mensch, ein wirklicher Freund - und leider jemand, den seine Freunde nun zu Grabe tragen. Wir werden Dein Lächeln nie vergessen. Du warst jemand, der immer lächelte - selbst in solchen Situationen, in denen niemand lächeln konnte, weil es nichts zu lachen gab. Du warst ein aufmerksamer Mensch, jemand, der sofort jedem half - selbst solchen, mit denen Du nicht einer Meinung warst.
Wenn Du jetzt gehst, darfst Du nicht denken,
Du würdest nicht mehr existieren
für uns lebst Du immer noch. Du wirst für immer in unseren Herzen sein, Wenn Du jetzt gehst, darfst Du nicht vergessen, dass die, die Dir das angetan haben, ignorant und ohne zu denken handelten. Sie haben Dich ermordet, weil Du niemals weggelaufen bist. Sie werden von ihrer Grausamkeit nicht profitieren. DAX, wir haben Dich lieb - wie Du weißt, wirst Du für immer in unseren Herzen weiterleben.
Deine Freunde

Aufwind

Die Faschisten in Italien scheinen Aufwind zu bekommen. Kaum verwunderlich, denn die neofaschistische Alleanza Nazionale sitzt in der Regierung und unterstützt andere italienische Organisationen der extremen Rechten finanziell und logistisch. So meldete die Forza Nuova z.B. für den 30. März 2003 einen Aufmarsch in Turin an - eine nicht gerade alltägliche Angelegenheit in Italien. Obwohl Gegendemonstrantinnen versuchten, die Polizeiketten zu durchbrechen, konnte die Polizei den Aufmarsch schließlich durchsetzen. Verstärkt tauchen Naziskins auch in den Städten und im Hinterland auf. In Mailand sind sie zusammen mit Gabba-Fans sogar im Zentrum anzutreffen. Dies alles ist nicht weiter verwunderlich, wenn Rechtspopulisten und Neofaschisten regieren. Die Linke wird zunehmender Verfolgung ausgesetzt. Sei es durch die weitere Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, durch die Aushöhlung des Rechtsstaates und die brutale Repression gegen die antagonistische Linke.

Pagharete tutto - pagharete caro!

Sie bezahlen uns alles - sie bezahlen es teuer!

Dieser Artikel wurde dem AIB (Nr. 59) von Vincent Arcangelo zur Verfügung gestellt und wir haben ihn hier nachgedruckt. check: www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Nicht erst seit Möllemann ist klar, dass sich die FDP gerne mit Antisemisten und Rechtsradikalen umgibt. Hier ein kurzer Artikel, geklaut aus dem **Antifaschistischen Info Blatt Nr. 59**, zur Geschichte der „Liberalen“ in der Nachkriegszeit.

Nazis und »Nationale Sammlung«:

»Pflicht nach rechts«

Die **FDP** in den fünfziger Jahren

SS-Ideologe Werner Best

Im Sommer 1950 trafen sich der nordrhein-westfälische FDP-Landtagsabgeordnete Ernst Achenbach und Werner Naumann, Mitarbeiter einer Düsseldorfer Import/Export-Firma zu einem konspirativen Treffen. Beide hatten während des Nationalsozialismus Karriere gemacht. Achenbach, der mittlerweile eine Rechtsanwaltskanzlei führte, war während des NS in hohen Positionen im diplomatischen Dienst tätig gewesen. Naumann hatte es sogar zum Staatssekretär im Propagandaministerium gebracht. Nach Kriegsende 1945 tauchte der SS-Hauptsturmführer daher für die folgenden vier Jahre unter. Dennoch verfügte Naumann offenkundig weiter über umfangreiche Kontakte zu ehemaligen Funktionsträgern des NS-Regimes. An diesen Verbindungen nun zeigte sich Achenbach während des Treffens sehr interessiert. Den Inhalt des Gesprächs notierte Naumann in seinem Tagebuch. Demnach plante der Rechtsanwalt folgendes: »Um den Nationalsozialisten [...] einen Einfluß auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollen sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen.« Mit nur 200 Mitgliedern sei es möglich »den ganzen Landesverband zu erben«. Naumann zeigte sich angetan von Achenbachs Plänen und hatte schon ähnliche Überlegungen angestellt. Tatsächlich sollte die Unterwanderung der nordrhein-westfälischen FDP durch ehemalige NS-Funktionäre derart dramatische Formen annehmen, dass sich die britische Militärverwaltung Anfang 1953 zum Eingreifen genötigt sah. Naumann und einige seiner Kameraden wurden von britischen Sicherheitsoffizieren festgenommen. Die Ereignisse wurden als »Naumann-Affäre« bekannt. Die Bezeichnung gibt mit ihren personalisierenden und verschwörungstheoretischen Implikationen die vergangenheitspolitische Bedeutung dieser Vorgänge aber nur unzureichend wider. Die »Naumann-Affäre« war weit mehr als lediglich Versuche von Nazi-Kadern, den Landesverband der nordrhein-westfälischen FDP zu »unterwandern«.

Nationale Sammlung

Die FDP zerfiel zu Beginn der fünfziger Jahre in zwei Flügel. Einerseits in eine liberale Fraktion, die ihre Basis in den südwestdeutschen Landesverbänden und Hamburg hatte. Andererseits formierte sich in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, später auch in Schleswig-Holstein ab 1948/49 ein nationalistischer Flügel, der das Erscheinungsbild der Partei bis zur »Naumann-Affäre« prägen sollte.

Die Exponenten dieses »nationalliberalen« Kurses wollten eine Massenpartei rechts von der Union aufbauen. Die FDP sollte Dachorganisation derjenigen sein, die durch den Zusammenbruch des NS angeblich marginalisiert worden waren. Der nationale Flügel der Partei sah sich als Sprachrohr von Arisierungsprofiteuren, Vertriebenen, ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und NS-Funktionären. Mit unverhohlener Aggressivität wurde gegen die Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten und gegen Entschädigungszahlungen für NS-Opfer agitiert. Speerspitze der »nationalen Sammlung« wurde der nordrhein-westfälische Landesverband. Dessen Vorsitzender, Friedrich Middelhauve, bediente sich einer extrem nationalisti-schen Rhetorik und begann zudem, die Partei gezielt für (ehemalige) Nazis zu öffnen. Eine zentrale Rolle spielte dabei Ernst Achenbach. Von seiner Essener Anwaltskanzlei aus koordinierte er gemeinsam mit dem ehemaligen SS-Ideologen Werner Best eine Kampagne, die eine Generalamnestie für Kriegsverbrecher durch-setzen sollte. Auch deshalb verfügte Achenbach über umfangreiche Kontakte zu rechtsextremen Gruppen und Einzelpersonen.

Die Naumann-Gruppe

So kamen auch die Verbindungen zum Zirkel um Werner Naumann zustande, dem einige ehemalige Gauleiter, HJ-und Studentenführer angehörten. Die Gruppe plante, vor allem die kleinen Parteien rechts der Union – z.B. die Deutsche Partei (DP), den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – oder die FDP zu beeinflussen bzw. zu unterwandern, um somit nationalsozialistisches Gedankengut in den politischen Diskursen der BRD zu verankern.

Ob die Protagonisten des Naumann-Kreises gezielt auf eine zweite »Machtergreifung« hinarbeiteten, dürfte jedoch zweifelhaft sein. Dem Historiker Ulrich Herbert zufolge ging es ihnen zunächst um eine »Rehabilitierung des Nationalsozialismus im allgemeinen« sowie »der eigenen Person im besonderen«. Die politischen Vorstellungen beinhalteten die Wiedererrichtung eines autoritären deutschen Machtstaates. Besonders darin trafen sich die Interessen der Gruppe um Naumann mit denen des nationalen FDP-Flügels. Naumann, Middelhauve und Achenbach träumten vom Aufbau einer Sammlungsbewegung, die gewissermaßen eine Neuauflage der »Harzburger Front« darstellen sollte, in der sich am Ende der Weimarer Republik führende republikfeindliche, nationalistische und rechtsextreme Kräfte vereint hatten. Die Tatsache, dass ehemalige Nazi-Kader nun vermehrt Schlüsselpositionen vor allem im nordrhein-westfälischen aber auch im niedersächsischen Landesverband der FDP besetzten, war eine Entwicklung, die sich mit der ausdrücklichen Billigung, ja zuweilen gar auf Initiative der jeweiligen Parteiführungen vollzog. In Nordrhein-Westfalen war dies spätestens Ende 1952 unübersehbar. Bis zu 90 Prozent der hauptamtlichen Mitarbeiter des Landesverbandes hat-ten während des NS Karriere gemacht. So war Landesgeschäftsführer Heinz Wilke HJ-Führer und Chefredakteur der HJ-Zeitschrift »Wille und Macht« gewesen. Siegfried Zoglmann, der als »Schriftleiter« der von Middelhauve herausgegebenen extrem rechten Wochenzeitschrift »Die deutsche Zukunft« fungierte, hatte den Rang eines SS-Obersturmführers bekleidet und in der Reichsjugendführung mitgearbeitet. Der persönliche Referent Middelhauves, Wolfgang Diewerge, war bis 1945 als antisemitischer Publizist tätig und

hatte die Abteilung »Rundfunk« im Propagandaministerium geleitet. Auch Werner Best pflegte enge Kontakte zur nordrhein-westfälischen FDP, als Rechtsberater erstellte er Gutachten und Denkschriften im Kontext von Entnazifierungsfragen oder NS-Verfahren.

Das »Deutsche Programm«

Die Nazis in der FDP und deren Umfeld übten großen Einfluss auf die sich radikalisierende Programmatik des Landesverbandes aus. Dies geschah durchaus in Kooperation mit der Parteispitze. Im Sommer 1952 präsentierte Middelhauve auf dem Landesparteitag in Bielefeld das so genannte »Deutsche Programm«, das vermutlich von Diewerge, Naumann und Best entworfen worden war. Es stellte den Höhepunkt der nationalen Sammlungsbestrebungen dar. Die Begriffe »liberal« oder »demokratisch« kamen nicht vor. Vielmehr ließ der Text aggressiv antimarxistische und autoritäre Staats- und Gesellschaftsvorstellungen erkennen und beklagte die »Willkür« der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Middelhauve stellte das Programm auf dem Bundesparteitag der FDP im November 1952 zur Diskussion. Es wurde zwar nicht auf Bundesebene übernommen, da die Protagonisten der »Nationalen Sammlung« eine dadurch drohende Spaltung der FDP vermeiden wollten. Dennoch ging die nationale Fraktion gestärkt aus dem Parteitag hervor, Middelhauve wurde zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Außenstehende stuf-ten den Rechtskurs der FDP als bedenklich ein. Die Frankfurter Rundschau charakterisierte die Vorgänge auf dem Bad Emser Parteitag als den »innerparteilichen 30. Januar der FDP«; die französische Le Monde stellte fest, dass die FDP auf dem Wege sei, sich in eine »nationalistische und reaktionäre Bewegung der äußersten Rechten« zu wandeln.

Festnahmeaktion und die öffentlichen Reaktionen

Auch die britische Hohe Kommission, die bis zur vollständigen Souveränität der BRD im Jahr 1955 berechtigt war, in innenpolitische Vorgänge einzugreifen, verfolgte sehr besorgt die Radikalisierung der nordrhein-westfälischen FDP. Wiederholt versuchten die Briten, Bundesregierung und den FDP-Bundesvorstand auf die »Unterwanderung« des nordrhein-westfälischen Landesverbandes hinzuweisen. Einzelnen Pressevertretern wurden Erkenntnisse des britischen Geheimdienstes zugespielt, um darüber Druck auf die Partei auszuüben. Nachdem diese Strategie durch die deutsche Untätigkeit scheiterte, griff die Hohe Kommission selbst ein. In der Nacht zum 15. Januar 1953 wurden Naumann sowie fünf seiner Kameraden festgenommen, »damit festgestellt werden kann, in welchem Um-fang die Tätigkeit dieser Männer innerhalb und außerhalb der BRD im gegenwärtigen Augenblick eine Bedrohung der Sicherheit der alliierten Streitkräfte darstellt«. Die öffentliche Empörung über den angeblichen Eingriff in die bundesdeutsche Souveränität war groß. Der Grund für die Aktion, die gezielte »Unterwanderung« der FDP durch ehemals führende Nazis, wurde kaum thematisiert. Laut einer Umfrage des Allensbacher Instituts vom Februar 1953 fanden 47 Prozent der Deutschen, man müsse gegen die Festnahmeaktion der Briten protestieren. Nur ein Fünftel der Befragten sah keinen Grund für Protest. Auch etliche Mitglieder der Bundesregierung äus-serten sich verstimmt. Angesichts der Untätigkeit, mit der die deutsche Seite auf die britischen Hinweise auf eine »Unterwanderung« der FDP rea-giert hatte, war eine gewisse Skepsis der Alliierten hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD durchaus berechtigt. Zudem veröffentlichte die New York Times etwa zeitgleich Umfrageergebnisse, wonach 44 Prozent der Deutschen am Nationalsozialismus »mehr Gutes« erkennen wollten. Bundeskanzler Konrad Adenauer bemühte sich, die Bedeutung der »Naumann-Affäre« und die Umfrageergebnisse herunterzureden, denn Westintegration und angestrebte Wiederbewaffnung schienen dadurch gefährdet zu sein. Zugleich kam der Schlag gegen die nordrhein-westfälische FDP dem Bundeskanzler ganz gelegen. Das Projekt einer nationalen Massenpartei hatte kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 1953 einen schweren Rückschlag erlitten. Tatsächlich gelang es CDU und CSU, in den fünfziger Jahren das rechte Wählerpotenzial von DP, BHE und FDP für die Union zu gewinnen.

Nachspiel

Im März 1953 übernahm der Oberbundesanwalt die Ermittlungen gegen Naumann und seine Kameraden. Vor dem Bundesgerichtshof (BGH) sollte ein Verfahren wegen »Bildung einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« und »Geheimbündelei« eingeleitet werden. Dazu kam es aber nicht. Die Bundesanwälte ermittelten äußerst nachlässig, im Juli 1953 wurde Naumann aus der Haft entlassen, das Ermittlungsverfahren eingestellt. Dennoch war die politische Karriere des ehemaligen Goebbels-Staatssekretärs weitgehend beendet. Naumann wollte zwar bei der Bundestagswahl als Spitzenkandidat der rechtsextremen Deutschen Reichspartei antreten. Ende August stufte ihn das nordrheinwestfälische Innenministerium per Entnazifizierungsbescheid aber als »belastet« ein, womit er das aktive und passive Wahlrecht verlor. Dagegen sahen sich Middelhauve und Achenbach nicht mit nennenswerten Konsequenzen konfrontiert.

Werner Best (1.v.r.), hier im Kreise von NS-Funktionären, unterwanderte die FDP.

Middelhauve blieb Landesvorsitzender der FDP. Von drei Mitarbeitern des Parteiapparates abgesehen, konnten sämtliche ehemaligen NS-Kader ihre Posten behalten. Der nordrhein-westfälische Landesverband blockierte ein vom Bundesvorstand eingeleitetes Ausschlussverfahren gegen Achenbach. Im Jahr 1957 zog der Rechtsanwalt sogar für die FDP in den Bundestag ein. Dort vertrat er, wie der Historiker Norbert Frei urteilt, bis Mitte der siebziger Jahre die »vergangenheitspolitischen Interessen der SS«. So verschleppte er als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages jahrelang die Ratifizierung des deutsch-französischen Überleitungsvertrages für Kriegsverbrecher. Der Vertrag sollte die Basis schaffen, NS-Täter, die von französischen Gerichten in Abwesenheit verurteilt worden waren, auch in der BRD den Prozess machen zu können. Erst als Beate und Serge Klarsfeld im Jahr 1974 nachwiesen, dass Achenbach als Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris an der Deportation von Juden beteiligt gewesen war, erhielt Achenbachs Karriere erstmals einen Schlag. Da war es freilich fast zu spät. Seine »Pflicht nach rechts« hatte Achenbach jeden-falls bis zum Ende weitgehend unbehelligt, ganz im Sinne Naumanns und seiner Kameraden erfüllen können. Und »Kameraden« gab es viele.

BGH bewertet Antifa als „Niedrigen Beweggrund“

von Peter Planke 11.07.2003, www.de.indymedia.org

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 11.07.03 in einem Beschluss eine antifaschistischen Motivation mit einem „niedrigen Beweggrund“ gleichgesetzt. Somit ist nun offiziell vom BGH beschlossen worden - und damit bindend für alle Gerichte -, dass eine antifaschistische Gesinnung: „nach allgemeiner sittlicher Wertung auf tiefster Stufe steht und deshalb besonders verachtenswert ist“.

Schwere Gewalttaten gegen Neonazis können nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) als Mordversuch aus niedrigen Beweggründen gewertet werden. Hintergrund ist die Verurteilung vier Jugendlicher, die im Juni 2001 in Siegburg Skinheads angegriffen und einen davon schwer verletzt hatten. Der Zweite Strafsenat hob am 11. Juli ein Urteil des Landgerichts Bonn auf, das die Täter nur wegen versuchten Totschlags beziehungsweise schwerer Körperverletzung verurteilt hatte. Nun steht eine Neuverhandlung bevor, in der sie mit einer Verurteilung wegen Mordversuchs rechnen müssen. Es war das erste Mal, dass am BGH ein Fall zu beurteilen war, in dem nicht Neonazis Minderheiten angegriffen hatten, sondern umgekehrt Skinheads angegriffen worden sind.

Der Fall muss vor einer anderen Jugendkammer des Landgerichts Bonn noch einmal neu aufgerollt werden. Die Vorsitzende Richterin des Zweiten Strafsenats, Ruth Rissing-van Saan, sagte in der mündlichen Urteilsverkündung, das Landgericht Bonn habe den Tatablauf nach Auffassung des Senats «zu wohlwollend» beurteilt.

Im Juni 2001 waren 14 Jugendliche, unter ihnen auch MigrantInnen, in der Siegburger Innenstadt zufällig auf drei Skinheads getroffen. Sie beschimpften die Skins als «Nazis» und verprügelten sie. Dabei zog einer der drei Skins eine Gaspistole. Als sich die Angreifer aber nicht abschütteln ließen, ergriffen zwei Nazis die Flucht, der dritte wurde jedoch zu Fall gebracht. Der spätere Hauptangeklagte Mirco N. schlug mit einem herumliegenden Holzpfahl auf den Nazi ein, bis er regungslos liegen blieb.

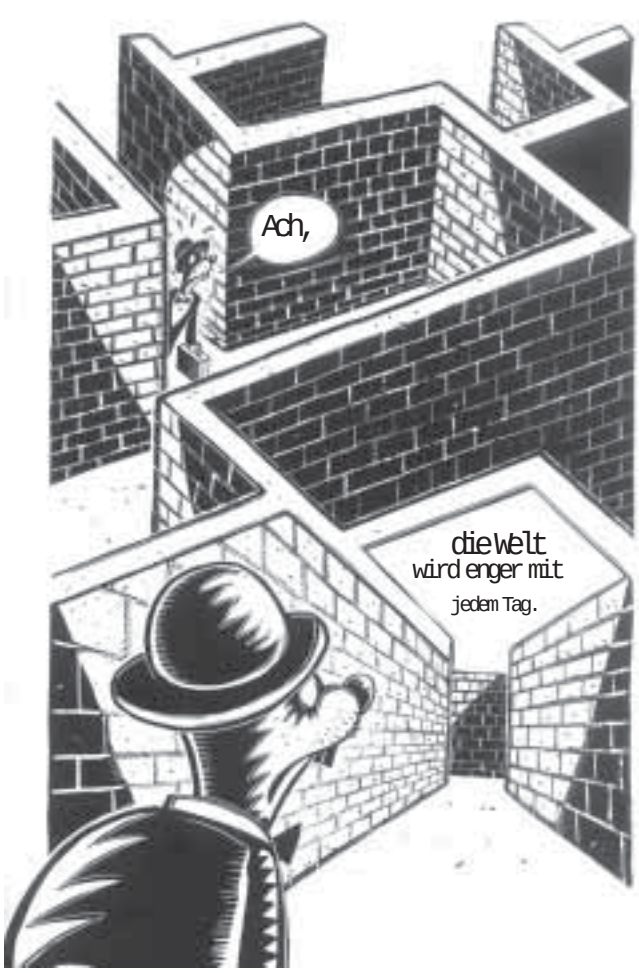
Die Jugendkammer des Landgerichts Bonn wertete die Tat des Hauptangeklagten N. als versuchten Totschlag und verurteilte ihn im Februar 2002 zu fünf Jahren und einem Monat Freiheitsstrafe. Drei weitere Angeklagte wurden wegen gefährlicher Körperverletzung zu je eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt.

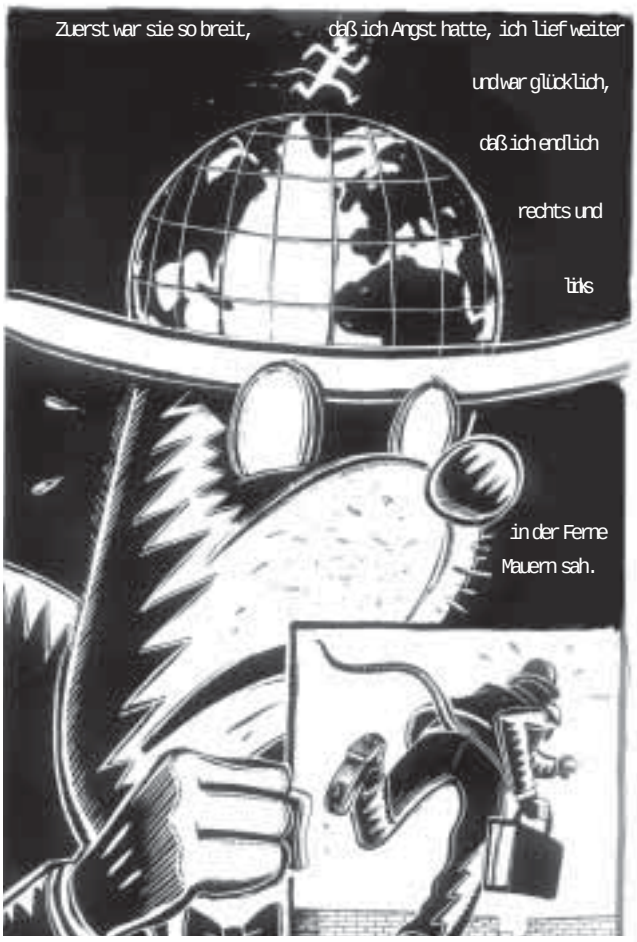
Mordversuch aus niedrigen Beweggründen schloss das Bonner Gericht aus, denn der Angriff mit dem Holzpfahl sei als Reaktion auf die Bedrohung mit der Gaspistole erfolgt, nicht aus Hass auf die Neonazis.

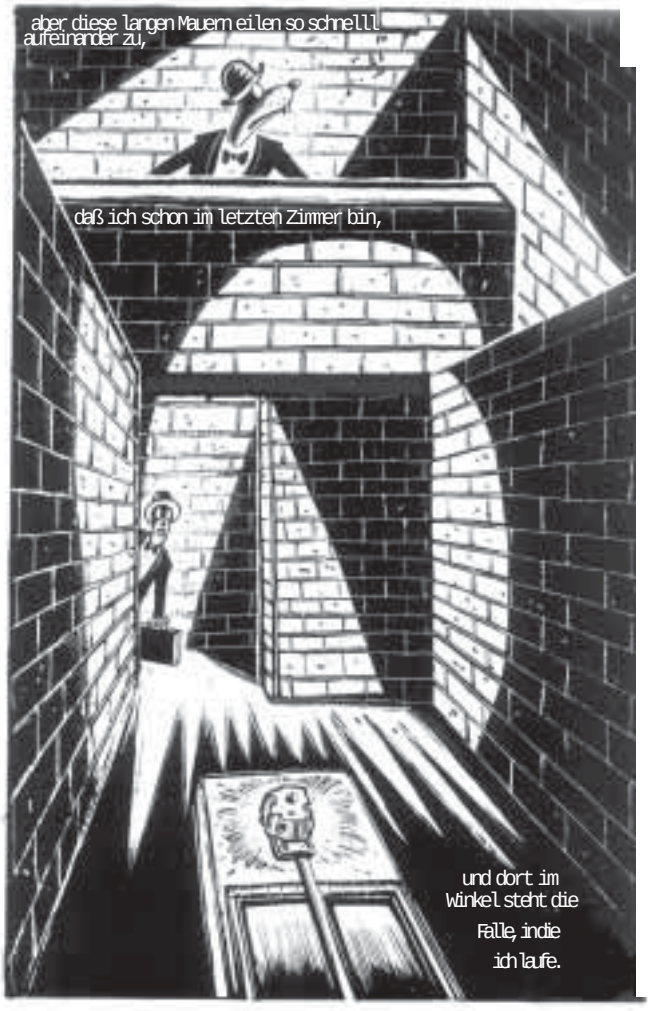
Auf die Revision des verletzten Nazis hob der BGH das Urteil am Freitag auf. Insbesondere sei der Vorwurf des versuchten Mordes vom Landgericht rechtsfehlerhaft verneint worden. Die Begründung, der Angeklagte habe nicht aus niedrigen Beweggründen gehandelt, halte den Feststellungen nicht stand. Ebenso liege es nahe, dass die Misshandlungen von den drei übrigen Angeklagten mitgetragen wurden. Es muss deshalb in der Neuverhandlung geprüft werden, ob sie als Mittäter ebenfalls wegen Mordversuchs verurteilt werden. Alle vier Angeklagten haben dann mit einer deutlich höheren Freiheitsstrafe zu rechnen.

Bemerkenswert an diesem Beschluss ist die Gleichsetzung der antifaschistischen Motivation mit niedrigen Beweggründen. Somit ist nun offiziell vom BGH beschlossen worden - und damit bindend für alle Gerichte -, dass eine antifaschistische Gesinnung: „nach allgemeiner sittlicher Wertung auf tiefster Stufe steh[t] und deshalb besonders verachtenswert [ist]“.

Literaturseite







kafka und peter kuper

Führende Organisation des Migrationsmanagements

Die IOM ist auch in Lateinamerika aktiv:
Die *Internationale Organisation für Migration* (IOM) stand bislang kaum im Licht der Öffentlichkeit. Das entspricht nicht ihrer führenden Rolle bei der Gestaltung eines globalen Migrationsregimes. Steuerung von Arbeitsmigration und die Bekämpfung von unerwünschten Flüchtlingen sind wesentliche Bestandteile der IOM-Politik, gegen die zunehmend Kritik laut wird. Auch in Lateinamerika.

VON MARIO TAL; ENTNOMMEN AUS DER ILA

Quito, Oktober 2002: IOM-Mitarbeiter begleiten eine eine Gruppe ekuadorianischer Arbeitskräfte bei ihrem Flug nach Madrid. Diese haben ein gründliches Selektionsverfahren hinter sich und sollen in einem Jahr das Land wieder verlassen. Das IOM-Büro in der ecuadorianischen Hauptstadt warb seit März 2002 junge Männer und Frauen für einen Arbeitseinsatz in Spanien an. Die Regierungen beider Länder hatten 2001 ein entsprechendes Abkommen vereinbart, das sog. *Convenio des Flujos Migratorios.* und die IOM mit der Umsetzung beauftragt. Demzufolge sollten sich in Spanien alle *Sin Papeles* melden, um ausgeflogen zu werden und in Ecuador wiederum einen Antrag auf Aufnahme in das neugeschaffene Kontingent offizieller ArbeitsmigrantInnen zu stellen, um so erneut, und dieses Mal legal, nach Spanien zu gelangen.

Parallel zu diesem Rekrutierungsprojekt von billigen Arbeitskräften hatte die spanische Regierung hunderte Menschen nach Ecuador abgeschoben. Hintergrund ist ein in Europa nach 1945 einmaliger Razzienerlass, der in Spanien im Zuge des 11. September 2001 verabschiedet wurde. Mit der Operaciön LUDECO befahl die Regierung sämtlichen Polizeieinheiten alle EcuadorianerInnen und KolumbianerInnen zentral zu erfassen. Das bedeutete zielgerichtet Razzien, verd achtsunabhängige Schleierfahndungen, Denunziationen, Kameraaufzeichnungen und Speicherung von Fingerabdrücken, d.h. eine wahre Jagd nach allen Personen, die ihrem Aussehen nach Indigenas sein könnten.

Als das spanisch-ecuadorianische Migrationsabkommen unterzeichnet wurde, herrschte in Ecuador der Ausnahmezustand. Vor allem die bäuerliche Indigena-Bevölkerung protestierte gegen ein neues IWF-Programm und blockierte wochenlang die Überlandstraßen im gesamten Land. 5000 AktivistInnen aus dem Landesinneren hielten die Universität in Quito besetzt. Die Regierung setzte die Armee ein, Soldaten erschossen drei Straßenblockierer und verletzten Dutzende. Als der spanische Immigrationsbeauftragte nach Quito kam, führten dort etwa tausend Angehörige von Papierlosen eine mehrtägige Demonstration gegen das Abkommen an. So kam es in Ecuador und Spanien zu gleichzeitigen Demonstrationen für das Recht auf Migration ohne Pass, ohne Visum und ohne Kontrolle. *Lima, 13. Juli* 1999: In Peru wird auf dem *South American Meeting on Migration Integration and Development* die sogenannte Lima-Deklaration verabschiedet. Darin zeigen sich Regierungs Vertreter aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuala besorgt darüber, dass Flüchtlings- bewegungen zunehmen und mittlerweile „die Frage *der* Migration von überragender Bedeutung“ sei. Dies, so die Erklärung weiter, „erfordert: eine intensivierte Analyse und einen Austausch von Informationen über Migrationsbewegungen zwischen den Ländern Südamerikas und anderen Regionen der Well“. Um „effektiver mit der Migrationsfrage umzugehen“ sei es nötig, „die in diesem Bereich kompetenten nationalen Organisationen zu modernisieren und institutionell zu stärken“. Gedankt wird in der Erklärung abschließend nicht nur der Regierung Perus sowie der beobachtenden US-Delegation, sondern auch der IOM für die technische Oiganisation des Treffens. Kine bescheidene Würdigung, wie man heute weiß; denn die Organisation wurde im September 2001 von ihren 91 Mitgliedsstaaten offiziell mit der führenden Rolle bei der Errichtung und Umsetzung eines globalen Migrationsregimes betraut.

Auch selbst beschreibt sich die IOM als „die führende Organisation des Migrationsmanagements“, die „auf Ersuchen“ ihrer Milgliedstaaten handelt. Mit Sitz in Genf wurde sie 1951 als Instrument des Kalten Krieges gegründet. Schon bald wurde sie in logistischer, operationaler wie in konzeptioneller Hinsicht zur international führenden zwischenstaatlichen Institution der Migrationspolitik und umfasst mittlerweile weltweit 91 Mitgliedstaaten und über 100 Büros. Sie rühmt sich damit, in die Geschicke von elf Millionen Menschen eingegriffen zu haben, wobei sie allein im Jahr 2000 die „Rückführung“ von 164 000 Menschen aus Europa betrieb, davon allein 75 000 aus Deutschland.

Öffentlich wirbt die IOM v.a. für das Programm der „freiwilligen“ Rückkehr von Flüchtlingen, Wer mitmacht, bekommt ein kostenloses One-Way-Ticket plus ein kleines Taschengeld spendiert. Wer dagegen die Mitwirkung verweigert, kann gleich in Abschiebehaft genommen werden. Mit über 80 Fluggesellschaften, darunter Lufthansa,

KI.M und Air France, hat die IOM spezielle Tarife über 60-70prozentigen Nachlass für ihre Buchungen vereinbart.
Außerdem sieht sich die IOM weltweit der präventiven Eindämmung von Migration verpflichtet, u.a. durch gezieltes Vorschlägen von Fluchtiouten. Zunehmend ist sie auch integraler Bestandteil westlicher Kriegspolitik. So wurde bekannt, dass die IOM seit Herbst 2002 transportable Flüchtlingslager aus Afghanistan und den Nachbarländern zusammengepackt und nach und nach um den Irak wieder aufgestellt hat. Im Kosovo rekrutierte sie mit Hilfe der NATO ein Polizeikorps aus alten UCK-Einheiten. Selbstredend bildet die IOM auch Grenztruppen aus und errichtet Grenzanlagen. Schließlich beweist sie sich in strategischer Hinsicht auch als Think-Tank. In Buenos Aires wurde mit Unterstützung der IOM und der argentinischen Regierung eigens ein Studiengnng namens PRIN-POST *(Prograria Interamencano de Pomgjadü en PoHticas Migratorias)* eingerichtet, das inhaltlich auf die Interessen der transnationalen Organisation zugeschnitten ist. Die Wahl des Studienstandortes war sicherlich kein Zufall, befindei sich doch in Buenos Aires neben den Büros in Lima und San Jose eines der drei lateinamerikanischen Hauptquartiere der IOM. Außerdem sieht das Dreiländereck Argentinien-Brasilien-Paraguay immer mehr im Brenn-punkt der Migrationskontrolle, So schlossen sich die drei Staaten I994 zum *Triple-Frontera-Pakt* zusammen, bei dem die Militärs das erste Mal seit den Diktaturzeiten offiziell mit gemeinsamen geheimdienstlichen Aktivitäten beauftragt sind.
Zugleich stellt sich für MigrantInnen immer wieder neu die Herausforderung Schlupflöcher im Migrationsregime ausfindig zu machen. Neu an der argentinischen Entwicklung ist der Umstand, dass sich auch den aufständischen Bewegungen die praktische Frage stellt, wie die Verkehrswege den Kontrollen entzogen werden können. Dabei sind sie nicht zuletzt mit der deutschen Firma Siemens konfrontiert, die seit 2000 damit beauftragt ist, ein „intelligentes Kontrollsystem" für die Stadtautobahn von Buenos Aires zu installieren. An denselben Konzern vergab die argentinische Regierung Mitte 1998 einen 800 Millionen Euro schweren Auftrag um u.a. Ausweisdokumente sowie Aufenthaltspapiere herzustellen und 175 Grenzübergange mit Komrollinformatik auszustatten. Dass die argentinische Regierung diesen Auftrag im Jahr 2001 einseitig kündigte, mag an der Haushaltskrise oder an der US-Konkurrenz gelegen haben, sicherlich jedoch nicht an einem Wandel ihrer Migrationspolitik.

Was die IOM in ihren Verlautbarungen als „Modernisierung des Migrations-managements" preist, hat in den letzten Jahren in Form zahlreicher multilateraler Abkommen und Einrichtungen immer konkretere Gestalt angenommen. So verbergen sich Flüchtlingsbekämpfung und Arbeitskräften Werbung hinter einer kaum überschaubaren Anzahl von Abkürzungen. In Zentralamerika ist es der *Puebla Process,* der, so die IOM, „einen innovativen Weg darstellt, um den migrationsbedingten Herausforderungen zu begegnen" und der „eine strategische Richtlinie bedeutet". In diesem Zusammenhang werden zugleich regionale Körperschaften gestärkt wie etwa das OCAM *(Central American Commission of Migration Directors]* und das SICA *(Information System on Migration in Central America).* Unterdessen sieht *CA4* für das *Managua-Abkommen* zwischen El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua aus dem Jahr 1994, das die Grenzüberschreitung zwischen den Ländern erleichterte, ähnlich der Reisefreiheit für EU-Bürger innerhalb ihrer eigenen Schranken. Unter den Akronymen PLACMI *(Programa lаunoamerlcano de cooperariön teeniui an migrationes)* und SIMICA *(Proyecto Sistema de Informacion sobre Migration Internticianal en los* paises *de la Comuindad Andina)* bringt die IOM derweil seit 1995 die Instanzen der neuen Grenz und Migrationskontrollen, die in den verschiedenen südamerikanischen Ländern entstehen, auf Konferenzen und in Arbeitsgruppen zusammen. Ihre dortigen Projekte finanziert in erster Linie das US-State Department.
Polizeien und Militärs, High-Tech-Konzerne und private Sicherheitsdienste werden bei den Projekten der länder-übergreifenden Grenzaufrüstung an einem Tisch versammelt. Die Migrationspolitik dient dabei nicht nur als Vehikel einer neuen Formierung der Re-pressionsapparate, sondern auch der tendenziell kriegsförmigen Bevölke-rungskontrolle. Dazu ein praktisches Beispiel aus einer der Herkunftsregionen der andinen transnationalen Migration, dem Norden Ekuadors an der Grenze zu Kolumbien: In die Nordprovinzen Esmeraldas, Carchi und Sucumbios werden Truppen der ecuadorianischen Armee und Polizei unter Führung des Pentagon verlegt, die neue Basen an den Durchgangsstraßen nach Kolumbien errichten. Durch das geschützte Gebiet der Awa-Indigenas und der Afro-EcuadorianerInnen werden zur Anlage großer Verkehrswege Breschen geschlagen. Die IOM betreibt dort zusammen mit USAID, dem „Entwicklungsprogramm der LIS-Regie-rung, ein Projekt zur Instandsetzung von Infrastrukturen und zur kommunalen Vernetzung der lokalen Führungs-schichten. Die plötzliche Aufmerksamkeit für diese bisher abseits gelegene Region wird mit präventiven Maßnahmen gegen Drogenschmuggel und gegen bevorstehende große Migrationen begründet. Der Kontext: der US-Plan Colombia, der berüchtigte Plan zur Aufstandsbekämpfung.
Die Kritik an der IOM wird zunehmend lauter. So bezeichnet der *Roma National Congress* (RNC) die IOM als „Feind der Roma", da sie deren Abschiebung arrangiert und zudem die Entschädigungszahlungen an alle nicht-jüdischen Zwangsarbeiter verschleppt. *Amnesty International* und die Grünen in Australien beschuldigen die IOM des Bruchs der Genfer Flüchlingskonvention und in einem BBC-Filrn wird deren Rolle bei der brutalen Lagerverwaltung auf der

Pazifikinsel Nauru eindrücklich dokumentiert. Der britische *Refugee Council* kritisiert die IOM wegen des aktuellen Rückführungsprogramms nach Afghanistan. Außerdem gab es im Zuge einer Kampagne des antirassistischen *nobarder networks* Proteste gegen IOM-Büros u.a. in Berlin, Helsinki, Genf und Bukarest. Bonn soll folgen, Quito lässt grüßen...

Der angeschlagene Riese

Der Krieg der USA gegen den Irak ist politisch-ökonomisch betrachtet ein Rückzugsgefecht

Dieser Text wurde bereits während des Irak-Krieges verfaßt, ist aber immernoch recht lesenswert.

von Gregor Kritidis (sopos)

Selbst wenn es den USA gelingen sollte, den irakischen Widerstand zu brechen und eine Marionettenregierung in Bagdad zu installieren - dieser Krieg wird allenfalls dazu führen, den relativen Niedergang der USA als vorherrschende Weltmacht zu bremsen, verhindern wird er ihn nicht.

Gegenwärtig scheinen Ansehen und Einfluß der USA unmittelbar mit dem Kriegsverlauf im Irak in Zusammenhang zu stehen: Nachdem in der ersten Kriegswoche Panzerverbände der US-Army bis in die Region der irakischen Hauptstadt vorstießen, machte sich weltweit an den Börsen Optimismus breit. Der unerwartete heftige Widerstand des irakischen Militärs - es handelt sich, nicht zu vergessen, um die Armee eines Dritte-Welt-Landes - ließ sodann die Kurse wieder absacken. In der vierten Kriegswoche macht sich nun Hoffnung auf ein schnelles Ende dieses Krieges breit, und die Spekulanten und Kriegsgewinnler wittern wieder Morgenluft. Doch selbst wenn es den USA gelingen sollte, in den nächsten Wochen den irakischen Widerstand zu brechen und eine Marionettenregierung in Bagdad zu installieren - dieser Krieg wird allenfalls dazu führen, den relativen Niedergang der USA als vorherrschende Weltmacht zu bremsen, verhindern wird er ihn nicht.

Dafür sprechen eine Reihe von Indizien: Im Vorfeld des Krieges waren die US-Regierung und ihre Verbündeten mit einer unerwartet breiten Opposition konfrontiert. Diese setzte sich aus unterschiedlichen Kräften zusammen, die in ihrer Opposition gegen die US-Außenpolitik zusammenwirkten. Zum einen positionierte sich im Gegensatz zu den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan die deutsche Regierung gegen einen Angriffskrieg auf den Irak und stärkte dadurch entscheidend die Front der wichtigsten US-kritischen Regierungen Frankreich, Rußland und China. Die diplomatischen Bemühungen der Regierung Bush, ihre einseitige Aggression auch noch durch den UN-Sicherheitsrat absegnen zu lassen, geriet infolgedessen zu einem diplomatischen Desaster ersten Ranges. Selbst bürgerliche Medien in der westlichen Welt kritisierten unerwartet scharf die plumpen Versuche der Bush-Administration, mit Fälschungen, Drohungen und Erpressungen eine Mehrheit für einen Krieg gegen den Irak zusammen zu bekommen. Zum anderen geriet die „Koalition der Willigen“ durch die weltweit erstarkte Antikriegsbewegung auch in ihren eigenen Ländern erheblich unter Druck.

Diese Opposition, so unterschiedlich sie auch motiviert ist, verweist auf tieferliegende Verwerfungen in den bisherigen internationalen Kräfteverhältnissen. Keinesfalls kann der Alleingang der USA als ein Zeichen ihrer Allmacht gewertet werden. Im Gegenteil, sowohl die Aggressivität der Bush-Administration als auch der weltweite Widerstand gegen den Irak-Krieg sollten als Schwäche der politischen und sozialen Eliten in den USA gewertet werden.

Ein untrügliches Indiz dafür ist der relative Niedergang der US-Wirtschaft, wie er sich in der Handelsbilanz der USA niedergeschlagen hat. André Gunder Frank und Emmanuel Todd haben auf diesen Umstand hingewiesen:[1] Das Handelsbilanzdefizit der USA beträgt mittlerweile ca. 400 Milliarden US-Dollar im Jahr,[2] d.h. die USA importieren in Dollar gerechnet mehr Waren als sie exportieren. Gegenüber wichtigen Handelspartnern wie China, Japan, der Europäischen Union und Mexico, aber auch gegenüber Staaten wie Israel, Rußland und der Ukraine weist der US-Handel eine negative Bilanz auf.[3] Selbst die ca. 15%ige Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar hat diesen Trend bisher nicht umkehren können, zumal die Abwertung vieler Währungen infolge der Wirtschaftkrisen in Lateinamerika, Asien und Rußland weltwirtschaftlich faktisch zu einer Deflation geführt haben. Ausgeglichen wird dieses Ungleichgewicht bislang durch Kapitalzuflüsse in die USA, obwohl mittlerweile auch die US-Leistungsbilanz negativ geworden ist. Die Folge: Der Dollar ist massiv überbewertet, d.h. die Währungsrelationen decken sich immer weniger mit den wirtschaftlichen Austauschverhältnissen.

Solange die Wirtschaft in den USA scheinbar dynamisch expandierte, wurden diese Ungleichgewichte von der Konjunktur und dem damit einhergehenden hypertrophen Börsenboom überlagert. Eine kapitalistische Wirtschaft kann jedoch schlechterdings nicht permanent wachsen: „Man kann nicht ewig Maschinen produzieren, ohne irgendwann einmal Güter des Endverbrauchs herzustellen“.[4] Bislang hing die US-Konjunktur an der Verschuldung vieler Konsumenten und Unternehmen in den USA, denen suggeriert wurde, man sei in eine Phase krisenfreien Wachstums übergegangen. Begünstigt wurde diese Überschuldung durch eine Politik niedriger Zinsen, die Kredite in einem selten dagewesenen Maße verbilligte. „Das ganze Instrumentarium kapitalistischer Wirtschaftspolitik (...) ist letzten Endes ein Versuch, die Kette, die die kapitalistische Produktion an den Massenkonsum bindet

und damit dem Profitsystem gefährliche Grenzen setzt, so lang wie möglich zu machen“.[5]
Die USA, genauer gesagt der US-Konsum (auch der staatliche, etwa in Form von Rüstungsausgaben), fungierten weltwirtschaftlich als eine Art „Cosumer in last resort“ (Frank). Dank der scheinbar unversiegbaren Kapitalzuflüsse - eine Folge der unangefochtenen Stellung des Dollars als zentrales Tauschmittel - gelang es den USA, einen Teil des weltweit produzierten Reichtums abzuschöpfen. Im Gegenzug garantierten die USA politisch und militärisch die Kapitalakkumulation. Diese Politik muß irgendwann notwendigerweise an ein Ende kommen, da selbst der Dollar per Kreditschöpfung und Notenpresse nicht beliebig vermehrt werden kann, ohne seine Stellung als Weltgeld zu untergraben.
Der relative Niedergang der US-Wirtschaft in den 90er Jahren - Frank spricht in diesem Zusammenhang von einem Papiertiger - hat nun die Fundamente der internationalen Stellung der USA unterhöhlt. In der gegenwärtigen Krise, gekennzeichnet durch die Vernichtung von Geldkapital an den Börsen einerseits und einem Verfall der Dollar-Preise infolge der Absatzkrise andererseits, wird deutlich, daß die Kapitalakkumulation an eine (vorläufige) Grenze gestoßen ist. Die Welt der Reichen erstickt an ihrem Reichtum, während anderswo die Menschen am Mangel des Lebensnotwendigsten verrecken.
Der Irak hat 2000 seinen Ölhandel von Dollar auf Euro umgestellt, Nordkorea seinen gesamten Außenhandel, und der Iran droht, dasselbe zu tun.
Die US-Administration versucht mit allen Mitteln, sich diesem Niedergang entgegenzustemmen und eine Abwertung der Geldvermögen zu verhindern bzw. die Kosten derselben auf andere abzuwälzen. Entscheidende Bedeutung kommt dabei dem militärischen Apparat zu: Solange die USA glaubwürdig den Eindruck aufrecht erhalten können, ohne ihre weltweite Präsenz sei das Weltwirtschaftssystem nicht zu sichern, bleibt auch das Vertrauen in den Dollar erhalten. Nach dem 11. September verfolgte die US-Administration daher eine Politik des „theatralischen Mikromilitarismus“ (Todd), wobei sie mit ihren überlegenen Truppen schwache Gegner ins Visier nehmen. Diese Gegner sind jedoch alles andere als zufällig gewählt: Der Irak hat 2000 seinen Ölhandel von Dollar auf Euro umgestellt, Nordkorea seinen gesamten Außenhandel, und der Iran droht, dasselbe zu tun[6] - ein Hinweis darauf, was sich hinter der Parole von der „Achse des Bösen“ tatsächlich verbirgt. Ökonomisch mag das mehr eine symbolische Bedeutung haben - politisch markieren solche Entscheidungen den zunehmenden Einfluß der EU. Der Krieg gegen den Irak ist vor diesem Hintergrund als Mittel im Konkurrenzkampf gegen die EU zu werten, die nicht nur den größten einheitlichen Wirtschaftsraum bildet, sondern mit dem Euro auch über eine potentielle Alternative zum Dollar verfügt. Die EU, das sei am Rande erwähnt, ist wirtschaftlich in weit größerem Maße vom Öl aus dem nahen Osten abhängig als die USA, d.h. die USA verfügen mit einer Kontrolle der nahöstlichen Ölproduktion über ein wichtiges Faustpfand in der globalen Konkurrenz. Der Waffengang am Golf ist eine deutliche Warnung an alle diejenigen Staaten, die sich dem Einfluß der USA zu entziehen trachten.
Sollte sich der Feldzug gegen den Irak relativ kurz gestalten und sollte die Besatzung problemlos gestaltet werden können, könnten die USA ihre Position zunächst behaupten; bei längerer Kriegsdauer ginge die Sache aus Sicht der USA nach hinten los: Ähnlich der Abwertung des Dollars Anfang der 70er Jahre, als infolge der Kosten des Vietnam-Krieges der Goldstandard aufgegeben werden mußte, wäre ein deutlicher Wertverfall der US-Währung und eine Verschärfung der ökonomischen Lage die Folge. Aus Sicht der sozialen und politischen Eliten in Europa wäre das eine durchaus zweischneidige Entwicklung: eine Zuspitzung der politischen und sozialen Krise infolge einer langanhaltenden wirtschaftlichen Stagnation oder gar einer tiefen Rezession würde auch ihre ohnehin schwache innenpolitische Position untergraben. Die Konsolidierung der „Antiglobalisierungs-bewegung“ und die Manifestationen gegen den Krieg lassen zumindest die Möglichkeit einer breiten, systemoppositionellen Strömung aufscheinen. Die Vordenker eines neuen Etatismus wie Todd wissen, wie brüchig der soziale Kitt geworden ist, und daß den kanibalistischen Tendenzen des „freien“ Marktes eine Schranke gesetzt werden muß. Anderfalls könnte sich die Prophezeiung von Keynes - bezogen auf die politischen und sozialen Eliten - bewahrheiten: „In the long run, we are all dead“.

Anmerkungen:

[1] André Gunder Frank, Die USA als Papiertiger. In: Wildcat-Sondernummer zum Irak-Krieg. Köln und Potsdam 2003, S. 31-37. Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf. München 2003. Vgl. auch: Michael Schneider, Oh, Moon of Alabama. In. Freitag vom 23. März 2003.
[2] Frank, a.a.O. S. 33.
[3] Todd, a.a.O. S. 88.
[4] Erich Gerlach, Die Berliner Konjunkturdebatte des Bundestages. In: Sozialistische Politik Nr. 11/1955, S. 4.
[5] Ebenda.
[6] Frank, a.a.O. S. 36.

entnommen aus: www.sopos.org

Riddims & Classics
Reggae und Funk
Acetronaut
Soulfire HiFi (Kiel)
Tippotunes
Suppe 23
am 8.8.2003 Einlass 21.00 Uhr
im Alhambra

Die Burg zieht die Zugbrücke hoch

Dieser Text ist der erste Teil einer vierteiligen Debatte aus der WOZ.
Oliver Fahrni

Der Krieg im Irak ist für die USA nur ein Vorspiel. Ihr Ziel ist der Weltbürgerkrieg einer globalisierten Elite gegen den Rest der Menschheit. Aristokratische Herrschaftsformen des Altertums sind das Modell.

Dieses Leoparden-Teil, ist es von Malentino? Von Tior? Oder, wahrscheinlicher, von Tommy Hilflos? Jeder amerikanische Krieg hat seine modischen Kollateralschäden. Nach Vietnam trug man Ray-Ban-Sonnenbrillen. Jetzt haben sie den Ausgeh-Kampfanzug erfunden. Tadellos. So steht er also, adrett gebügelt, jung, schwarz, eine Spur schüchtern («süss!», schreien Susi und Rodolfo) vor der kasernierten JournalistInnenschar im «Centcom» von Katar und sagt: «Today, I have two clips for you.» Wahrscheinlich hat ihn irgendeine Casting-Agentur gefunden. Er zeigt uns den ersten humanitären Krieg. Wir kannten die humanitäre Intervention (Somalia 1991), den Krieg ohne Bilder (Grenada 1983), den Operetten-Krieg (Haiti1994) und ein paar Spielarten mehr. Die Clips kennen wir von 1991. Irgendein Viereck, er sagt «Bunker» oder «Chemiewaffenfabrik». Aha!, sagen wir – Flash. Playstation 4 (die Japaner sind diesmal auch in der Koalition der Genötigten, letztes Mal hat sie ihr Pazifismus hernach elf Milliarden Dollar gekostet). Nur die Tonspur ist wie verschoben: «Die Koalition der Willigen wird dies nicht davon abhalten, die Iraker zu befreien. Wir führen einen humanen Krieg.» Ob ihm jemand diese humanen Superbomben glaubt, kümmert die Texter hinter dem Offiziersdarsteller nicht. Egal, ob es nach Propaganda riecht, nach den Lügen des ersten Golfkrieges (wir erinnern uns: die Babys, aus Brutkästen gerissen ...), nach den noch dreisteren Lügen und Schiebereien, mit denen dieser seit langem beschlossene zweite Krieg herbeigeredet wurde. Es geht nicht mehr um Propaganda. Propaganda will überzeugen; Massenverdummungswaffen müssen, sollen sie wirken, plausibel scheinen. Diesmal lautet die Botschaft nicht, Saddam Hussein sei ein übler Finger (das wissen wir), die Botschaft heisst: «Was immer wir euch erzählen – es ist der Text, den ihr runterzubeten habt. Die Wahrheit ist ein Popanz, die Geschichte zählt nichts. Wir haben die Macht. Basta. Entscheidet euch, ob ihr mit uns seid oder gegen uns.»

Der italienische Journalist, der nachfragte («Woher haben Sie diese Information, Sie scheinen generell nicht besonders gut informiert?»), die Generäle, die vor dem Krieg warnten, die vielen Nahostspezialisten, die ihn für unnötig und gefährlich halten (Saddam wäre zu entwaffnen gewesen, sein Sturz ist in der Entwicklung der irakischen Gesellschaft angelegt) – sie alle verstehen nicht, dass dieser Krieg einer anderen Rationalität folgt. Ein paar Forscher und Autoren, die im Thinktank Cargo 3 (Hamburg, Marseille) zusammenarbeiten, haben siebzehn Gründe erörtert, die Präsident George W. Bushs Warlords zum Kriegszug bewegt haben könnten. Geopolitische, geowirtschaftliche, gesellschaftlich-anthropologische, private Interessen, Korruption. Etliche Motive sind stark. Umbrüche, Kriege, Revolutionen haben meist mehr als einen Grund. Bündelt man diverse Motive, ergibt sich ein deutliches Bild. Uns vom Thinktank Cargo 3 schien nach einigen Wochen Arbeit klar: Der Kern des Problems liegt nicht in Nahost, das Problem liegt in den USA. Interessant, wie viel Energie Kriegsminister Donald Rumsfeld, Dick Cheney, Donalds Stellvertreter Paul Wolfowitz darauf verwenden, die reaktionärste Fraktion des Klerus im Iran zu stärken, Europa zu brüskieren, die islamische Welt zu demütigen oder die Nordkoreaner zu reizen. Es scheint, die Bush-Regierung habe es darauf abgesehen, möglichst viele gefährliche Konflikte in der Welt zu schüren, was Anatol Lieven von Carnegie Stiftung zum Urteil veranlasste, Amerika sei eine Gefahr für sich und die Welt.
Man könnte das mit der brutalen Persönlichkeit, mit Temperament und Wille der Lenker erklären. Rumsfeld, der Rabauke, war Navy-Pilot, er hat in Princeton studiert, das dem militärischen Komplex immer stark verbunden war, er hat seine Millionen in der Chemie gemacht. Cheney hält einen Atomkrieg für gewinnbar und wollte schon 1991 gegen den Irak Atomwaffen einsetzen. Wolfowitz, der sich rühmt, seit 1977 den Irak besetzen zu wollen, wird von Exmitarbeitern «Velociraptor» genannt, ein besonders schneller, bösartiger Raubdino, der immer auf die Kehle des Gegners zielt. Eine alte Regel des politischen Handwerks aber besagt: Unterstelle einem Akteur nie irrationale Motive. Saddam Hussein handelt rational. Die nordkoreanische Führung handelt rational. Bush handelt rational. Suche die materiellen Gründe.

Die Clans übernehmen die Aussenpolitik

Der kleinen Mühe sollte man sich unterziehen, wenn eine Politik seit zwanzig Jahren von einer Reihe rechter Lobbygruppen und Denkfabriken konzipiert wird. Das American Enterprise Institute, die Hoover Institution, das Center for Security Policy, das Jewish Institute for Security Affairs, das Hudson Institute, die Heritage Foundation, das Cato-Institute, das Institute for American Values haben sie formuliert. Die meisten dieser Thinktanks sind einflussreiche, personell stark besetzte Organisationen, meist gegründet und finanziert vom militärisch-industriellen Komplex, von den Ölkonzernen und anderen Konzernen. 1997 führte William Kristol eine Koalition von rechten Revolutionären, Neokonservativen und christlichen Fundamentalisten im Project for the New American Century (PNAC) zusammen. Übrigens auch beim Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert dabei: die Bush-Familie, mit Cheb Bush, der damals noch der Kronprinz war, aber als Gouverneur von Florida eine wichtigere Rolle zu spielen hatte, bei der erzwungenen Wahl George Doubleyous. Jetzt muss er ein wenig warten, bis er als Bush III. ins Weisse Haus einziehen darf. Gore Vidal (Gore-Clan) hatte uns ge-

warnt: Amerika wird von Claninteressen regiert. 12 der 25 Erstunterzeichner des PNAC zogen in die Regierung Bush oder sie beratenden Institutionen ein, darunter die Schlüsselfiguren Rumsfeld, Cheney, Wolfowitz, Richard Perle (er musste seinen Posten gerade räumen, wegen allzu offensichtlicher Kollision mit seinen Geschäftsinteressen). Das möchte man keine Beeinflussung mehr nennen, sondern einen Überfall: Der PNAC hat die US-Regierung, zumindest in der Aussenpolitik, übernommen. Noch eine Verschwörungstheorie? Nein, die Sache liegt simpler: Die Übernahme wurde in aller Öffentlichkeit betrieben, mit letztem Aufwand und hoher Disziplin der PNAC-Köpfe. Ihre Politik, das dürfen wir vermuten, ist kohärent. Sie folgt einem Plan. Emmanuel Todd hat eine Vermutung. Er baut sein Buch «Weltmacht USA. Ein Nachruf» um die These, nicht die Stärke treibe Amerika zum aggressiven Umbau der Welt, sondern die militärische und wirtschaftliche Schwäche. Das Empire sei ein Hegemon im Niedergang. Mit Gestikulationen, mit der Simulation imperialer Macht durch Kriege gegen schwache Gegner wie den Irak suchten die USA ihre Plünderungsökonomie zu retten. Dadurch sei Amerika ein Stör- und Krisenfaktor für die friedliche Entwicklung der Welt. Das werde Europa zur Einigung um das deutsch-französische Paar und zum Schulterschluss mit Japan und der wiedererweckten Atommacht Russland zwingen. Am Ende sieht er eine multipolare Welt entstehen.

Dieser Blick überrascht vor allem darum, weil ihn ein Mann auf die USA wirft, der in Frankreich im rechten Lager steht und Francis Fukuyamas These von der zwangsläufigen Demokratisierung der Welt anhängt. Da tut sich ein breiter Atlantikgraben auf. Jacques Chirac wird sich die Sicht zu Eigen gemacht haben. Er vertraut Todd, seit ihm dieser mit einem Strategiepapier über die sozialen Gräben im Land in den Neunzigern zum Wahlsieg verhalf.

Lufthoheit über die Köpfe

Wolfowitz, Kristol und ihre Freunde werden das mit harten Worten als typische französische Polemik abtun. Sie haben sich in den USA und nach Europa hinein mit der These vom «mildtätigen Imperialismus» die Lufthoheit über die Köpfe gesichert. Knapp: Nur die USA könnten die Welt zu Frieden und Demokratie führen, indem sie ihr das amerikanische Modell aufdrückten – notfalls mit Gewalt. Es ist die Weiterführung des Lehrsatzes aus fordistischen Zeiten: Was gut ist für General Motors, ist gut für Amerika. Heute heisst er: Was gut ist für Amerika, ist gut für die Welt. Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice schrieb im Januar 2000: «Amerikas Werte sind universell.» In religiöser Verklärung machte Bush daraus den «Auftrag Gottes» an den Präsidenten und die amerikanische (auserwählte) Nation, ihr Modell, also Gottes Modell, der Welt aufzudrücken.

Freilich ist die Lufthoheit der Wolfowitz-Kristol-Gang eine mediale Täuschung. Vor und nach Todd haben verschiedene US-Denker den Niedergang des Empires beschrieben. Immanuel Wallerstein, einer der führenden Historiker an der Yale-Universität, schrieb in der Zeitschrift «Foreign Policy» einen langen Aufsatz («The Eagle Has Crash Landed») unter der Frage: «Werden die Vereinigten Staaten lernen, ruhig zu verblassen, oder wird der Widerstand der Konservativen den langsamen Niedergang in einen raschen und gefährlichen (für die ganze Welt gefährlichen) Fall verwandeln?» Anatol Lieven von der Carnegie-Stiftung fragt, ob wir nicht gerade «das Ende des Westens» erlebten. Charles Kupchan, Professor an der Georgetown University glaubt, Europa sei die kommende Macht («The End of the American Era»). Das neuste Buch von Joseph S. Nye, der die Kennedy School of Government in Harvard leitet, heisst: «Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht.» Nye glaubt, dass die Bush-Leute durch die Vernachlässigung der «Soft Power» (Zusammenarbeit, Verträge, Überzeugung, positive Anreize, US-Modell etc.) scheitern werden, zum Nachteil Amerikas. Im Pariser «Le Monde» gab Graham Fuller, lange Nummer zwei der CIA, den Europäern den kaum kaschierten Hinweis, auf ihrem Widerstand gegen Bushs Pläne zu beharren – Europa sei ein historisch einmaliges Modell, schrieb er. Merkwürdig aber ist: Jeder dieser Köpfe hat Ansätze für eine Kritik des Empire – doch keiner wagt sich auf das Terrain der revolutionären Weltsicht von Wolfowitz/Kristol, denn sie haben ihre Schlüsse aus der Entwicklung des Kapitalismus gezogen. In einer Art radikaler Umkehrung der Kritik an der entfesselten Globalisierung rüstet diese Gang für den Weltbürger- krieg einer globalisierten Elite gegen den Rest der Menschheit. Sie hat weder die Illusion noch den Wunsch, die wachsenden sozialen Unterschiede in Amerika oder in der Welt und die Konflikte, die daraus wachsen, zu zähmen. Genau dies aber bleibt bei Todd, aber auch Europas Sozialdemokraten, bei Nye oder den US-Demokraten ungesagt und unwidersprochen. Sie halten sich in einer Zeit, in der sich die grossen Konzerne und das Finanzkapital längst ihren Gesellschaften und den Nationalökonomien entzogen haben, an das alte Bild von der Konkurrenz zwischen Nationen. Sie blenden aus, dass wir mitten in einem historischen Umbruch stehen, der eine 500-jährige Epoche beendet.

Wo steht der Feind?

Kurze Rückblende. Um das Jahr 1990 herum, am Ende des Kalten Krieges, befiel die Sieger Depression. Bisher war die Welt ein harscher Platz, mit der Konkurrenz der Systeme, der gegenseitigen atomaren Bedrohung und dutzenden von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt (mehr als zwanzig Millionen Tote), aber die Teilung machte sie für die Amerikaner doch zu einem geordneten Platz. Die Nationen waren nur Fähnchen auf der Generalstabskarte: Entweder gehörten sie zur einen oder anderen Seite, Staatsstreiche, Bürgerkrieg oder Interventionen sorgten für den Wechsel des einen oder anderen Staates auf die richtige Seite. Um die Gesellschaften brauchte man sich nicht zu kümmern – es ist verblüffend, wie wenig die Amerikaner zum Beispiel über Mittelamerika und Vietnam wussten oder wie sehr sie die islamische Revolution in ihrem Protektorat Iran überraschte. Unter der Decke der Blockkonfrontation konnte der globale Klassenkampf weitergehen. Die koloniale Plünderung wurde in nachkolonialen, billigeren Formen weitergeführt.

1990 war der Feind weg, und unvermittelt stand Amerika einer zerrissenen, zu zwei Dritteln armen Welt gegenüber. Alle Erklärungsmodelle brachen zusammen. Die eigene Ideologie vom alles fügenden Markt war nackt. Gleichzeitig erfuhr die Globalisierung einen scharfen Schub. Globalisierung wird bei uns gerne schwammig als die Ausdehnung des kapitalistischen Marktes auf die ganze Welt gesehen, als Beschleunigung der Kommunikation, der Kapitalflüsse etc. Tatsächlich ist Globalisierung ein soziales Erdbeben: die Lösung eines entscheidenden Teils des Kapitals von ihren Gesellschaften, also die Emanzipation von jener Form der politischen Organisation der Menschheit, die das Kapital mitgeschaffen hatte. Zwischen 1985 und 1995 entstanden mehr transnationale Konzerne als in den zweihundert Jahren zuvor. Sie erwirtschaften heute fünfzig Prozent der Wertschöpfung. Da ist eine Ökonomie entstanden, die sich jedem politischen Zugriff entzieht. Bill Clinton folgerte: «Big government is over.»
In jener Zeit setzte eine rege Tätigkeit in

Thinktanks und an Universitäten ein. Eine neue griffige Beschreibung der Welt musste gefunden werden. Samuel Huntingtons These vom Krieg der Kulturen, später Fukuyamas Buch über das Ende der Geschichte wurden bestimmend für die Diskussion. Inzwischen ist die Unterteilung der Welt in Barbaren (die Armen) und Zivilisierte (wir, die Reichen) ein Muster, das die amerikanische Wissenschaft und die Politik beherrscht und durchdringt, wie Mark B. Salter von der amerikanischen Universität in einer erhellenden Studie zeigt. «Die Behauptung scheint krass», sagt Salter, «aber es ist ein Konzept, das sich in unterschiedlichsten Ausformungen in alle möglichen Denkmuster drängt.» Das binäre Weltbild hat sich längst auch in europäische Köpfe geschlichen. Es hat einen bestechenden Vorteil: Es öffnet die barbarische Welt (die armen Länder) für die Gewalt der «Zivilisierten». Salters Buch schmückt ein Bild der Gefangenen von Guantánamo unter weisser Folter (Folter die keine sichtbaren Spuren hinterläßt). Darüber der Titel: «Barbaren & Zivilisierte».

Das künftige Lebensmodell der Eliten

Darin liegt das Entscheidende. Die rechten Revolutionäre um Wolfowitz & Kristol glauben, dass die Menschheit vor der Alternative steht, entweder mit der Marktwirtschaft zu brechen – was sie nicht wollen – oder mit zunehmenden sozialen Differenzen, zunehmender Gewalt, dem molekularen Bürgerkrieg zu leben. Dafür rüsten sie. Die Burg zieht die Zugbrücke hoch. Gated Communities sind das künftige Lebensmodell für die Eliten. Amerika sucht keine territoriale Ausdehnung. Sein Imperialismuskonzept ist nicht mehr amerikanisch – es ist das Unterfangen, sich den globalisierten Eliten als Gewaltmonopolist anzubieten. Um das durchzusetzen, werden Feinde geschaffen. Wieder hat Huntington mit «Muslim Wars» für das notwendige Konstrukt gesorgt. «Was wir jetzt brauchen», sagte Paul Wolfowitz im März 2001, ein paar Monate vor dem 11. 9., «ist ein Pearl Harbour.» Ähnlich stand es auch in einer PNAC-Studie, die zur Vorlage für die nationale Sicherheitsstrategie wurde. Sie haben den 11. 9. ersehnt. Der 11. 9. ist ihr Mantra. Der 11. 9. ist der Hammer, der auf jede Schraube passt. Früher harsch und konfliktuell, aber geordnet, ist die Welt nun nur noch «gefährlich», ein Niemandsland aller Gefahren (ausserhalb der Gated Communities). Bush sagt es in jeder Rede dreimal. Was nicht nur Todd in der Tragweite des Vorgangs verschleiert, ist ein typisches Phänomen historischer Umbrüche: Wir stehen mit einem Bein in der alten geschichtlichen Sequenz (Konkurrenz und Bündnisse zwischen Nationalstaaten) und mit dem anderen Bein schon in einer neuen – einer Welt, in der die Staaten nicht mehr die Funktion haben, zwischen Kapital und Arbeit zu vermitteln, unterschiedliche Interessen auszugleichen, Konflikte zu zivilisieren, sondern nur noch für die Sicherheit der Eliten und die Ruhigstellung der Bewohner (die dann keine Bürger im eigentlichen Sinne mehr sind) zu sorgen. Dafür, und das übersieht man vor lauter Krieg in Mesopotamien auch, bauen der christliche Fundamentalist John Ashcroft (Justiz) und das Ministerium für Homeland Security unter Tom Ridge den Überwachungsstaat und zersetzen den Rechtsstaat. Ashcrofts Vorstellung von einer guten Ordnung ist die Theokratie. Wolfowitz und Kristol sind Atheisten. Ihr Leitphilosoph ist Léo Strauss, der in Chicago lehrte, dem Hort der rechten Revolution. Die Straussianer werden unterschätzt. Sie haben die Politikwissenschaften an fast allen grösseren Universitäten unterwandert. Fukuyama ist einer von ihnen. Strauss machte eine radikale Kritik der bürgerlichen Ideologie und griff auf aristokratische Herrschaftsformen des Altertums zurück: Sein Idealstaat wird von einer kleinen Elite von Denkern verwaltet, die Demokratie ist nur noch eine Form. «Demokratie», hat Robert Kaplan, ein anderer Lieblingsautor Washingtons geschrieben, «wird nur eine kurze Klammer in der Geschichte gewesen sein

Was die Bush-Leute da in Szene setzen, ist ein antizivilisatorisches Projekt. Der Westen wird liquidiert, internationale Öffentlichkeit wird liquidiert, «Weltzivilgesellschaft» und «Weltinnenpolitik» werden liquidiert. Besser: sollen liquidiert werden. Es ist eben – nur ein Projekt. Umbruchzeiten sind auch Zeiten, die Chancen für Veränderung, demokratische Organisation, Widerstand bieten. Vorausgesetzt, wir können auf beiden Beinen, in beiden Sequenzen stehen und handeln. Und: Das Zeitfenster ist klein

Fordismus
Nach dem 1.Weltkrieg etabliertes kap. Akkumulationsmodell („New Deal"), basierend auf stark standardisierter Massenproduktion von Konsumgütern in wissenschaftlich optimierter Fließbandarbeit

Anmerkung der Redax

Dieser Text wurde uns bereits vor einigen Monaten zur Veröffentlichung eingereicht. Wie vielleicht der regelmäßigen LeserInnenschaft aufgefallen, wurde er nicht abgedruckt, da mehrere Redax-Mitglieder ihn für nichtssagend, verwirrend und teilweise falsch befanden. Da es aber erneut die Bitte gab, ihn der Szene zugänglich zu machen, da er angeblich die Welt ganz neu erkläre, konntet ihr diesen Text nun hier lesen und euch ein eigenes Bild machen. Aber noch einige Anmerkungen:

- Die USA entwickeln sich nicht zu „einem Stör- und Krisenfaktor für die friedliche Entwicklung der Welt". Sie sind es schon seit Jahrzehnten. Ebenso wie alle anderen imperialistischen Staaten der Welt-das liegt in der Natur der Dinge. Und nicht die USA zwingen Europa einen eigenständigen Machtblock zu bilden und militärisch zu agieren, sondern die imperialen Interessen Europas selbst.
- Es liegt im Wesen aller kapitalistischer Staaten, dass Kapitalgruppen und Unternehmensverbände (der Autor nennt diese Clans) die (Außen-) Poltik maßgeblich mitbestimmen. Und ebenfalls im Wesen aller kapitalistischer Staaten liegt es, dass sie „nur für die Sicherheit der Eliten und die Ruhigstellung der Bewohner sorgen". Das ist nun wirklich keine neue Entwicklung.
- Dass die USA versuchen, sich den „globalisierten Eliten als Gewaltmonopolist" anzubieten, erweckt doch irgendwie schon den Anschein einer Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, die mit verschieden Standortvorteilen für sich werben. Das mensch dann im Text aber auch noch von der angeblichen militärischen Schwäche der USA lesen kann, verwirrt vollkommen.
- Der Wunsch nach einem Staat, der „von einer kleinen Elite von Denkern verwaltet" wird und in dem die „Demokratie nur noch die Form ist", ist für die Mächtigen des Westens wohl kaum neu und auch leider nur wenig von der Realität entfernt.
- Der amerikanische Außenminister (den scheint der Autor für unwichtig zu erachten) heißt Colin Powell, gehört nicht zu den genannten „Clans" und ist großer Vertreter des Konzepts der „Soft-Power", welches zum Beispiel gerade mit dem „plan colombia" in Lateinamerika umgesetzt wird.
- Der Autor behauptet einfach mal so, dass John Ashcroft einen Gottesstaat auf amerikanischen Boden errichten will. Doch was der Autor damit meint oder wie er zu dieser These kommt, wird nicht bekannt.
- Was meint der Autor bloß, wenn er behauptet, „die Bush-Leute" wollen den Westen liquidieren? Etwa den Westen, den „die Bush-Leute" verzweifelt zu einer Beteiligung an der „Befriedung" des besetzten Iraks bewegen wollen? Und von was für einer „Weltzivilgesellschaft" redet er nur?

Trotz größter Bemühungen leuchtet einfach nicht ein, was an diesem Text so toll, neu und erkenntnisbringend sein soll.
Fragend, die Redax.

Buchtip:

Luz Kerkeling:
LA LUCHA SIGUE!
[Der Kampf geht weiter]

EZLN - Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstandes.

Endlich ist es da - das erste deutschsprachige Buch, das den Aufstand der Zapatistas in umfassender Weise darstellt und im Zusammenhang mit der jüngeren Geschichte Mexikos, der mexikanischen Politik, dem zapatistischen Politikverständnis sowie seiner Ausstrahlung auf die weltweite Antiglobalisierungspolitik analysiert. In den letzten 7 Jahren hat es eine Reihe von Büchern zu dieser Thematik gegeben. Aber von der „Aufstand der Indios in Chiapas" (Schmidt, 1996) bis zu „FOXtrott in Mexiko (Boris & Sterr 2002) unterscheiden diese Bücher sich vom vorliegenden, indem sie nur zeitlich, geographisch oder inhaltlich begrenzte Teile des Konflikts beleuchteten.

Das Buch ist in drei Hauptkapitel gegliedert. Das erste - „Hintergrund: Mexiko - Politik und Gesellschaft", das etwa ein Drittel des Buches beansprucht, beginnt mit einer knappen Darstellung der mexikanischen Revolution von 1910-17. Die folgenden Abschnitte befassen sich

mit dem politischen System (Präsidialherrschaft, Parteien, Parlament) und den gesellschaftlichen Akteuren (Gewerkschaften, Frauen- und Studentenbewegungen, Indigena- und Campesino-Organisationen, Guerilla-Gruppen, Kirche). Gesonderte Abschnitte sind der neoliberalen Wirtschaftspolitik und ihren Abkommen (NAFTA, ALCA) und dem Plan Puebla-Panama gewidmet.

Das zweite Hauptkapitel - „Der zapatistische Aufstand in Chiapas" - geht aus von der Entwicklung der Landfrage seit 1822, die - zusammen mit der wirtschaftlichen Struktur, dem starren Herrschaftsgefüge, der Diskriminierung und Marginalisierung insbesondere der indigenen Bevölkerung - zu den Hauptursachen des zapatistischen Aufstandes von 1994 zählt. Jeder dieser und weitere Aspekte kommen in einem gesonderten Abschnitt zur Sprache. Die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) ist nur zu verstehen, wenn man sie als Einheit aus zivilen Unterstützungsbasen und der Guerilla selbst versteht. Diese beiden „Sektoren" des zapatistischen Aufstandes werden in ihrer zeitgeschichtlichen Entwicklung, beginnend in der Mitte der 70er Jahre, analysiert. Dabei ist die Aufmerksamkeit, die der Autor der Rolle der Frauen in der EZLN schenkt, besonders erfreulich: Auf 10 Seiten wird diese Thematik speziell behandelt. Die Darstellung des zapatistischen Aufstandes an sich umfasst Abschnitte zum 12tägigen Bürgerkrieg, die (bislang erfolglosen) Friedensverhandlungen, die Landbesetzungen, das Autonomiekonzept der Zapatistas sowie die regelmäßigen umfangreichen Bemühungen der „Medienguerilla" zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene. Abschließend werden in diesem Hauptkapitel aktuelle Entwicklungen aus jüngster Zeit wie z.B. die Hintergründe der drohenden und z.T. bereits realisierten Vertreibung ganzer Siedlungen zapatistischer Sympathisanten aus den Gebiet der Montes Azules diskutiert.

Im kurzen, aber wichtigen dritten Hauptkapitel -„Reflexion: Entwicklungen des zapatistischen Aufstands"- geht es um das zapatistische Politikverständnis. Zum zapatistischen Politikverständnis ist in den vergangenen Jahren viel publiziert worden. Es ist sehr nützlich, dass die Kernpunkte der linken Diskussion zu diesem Thema hier noch einmal zusammengefasst und kritisch gewertet wurden. Der Problemkreis wird mit Stichworten wie dem Verhältnis zu Macht und Herrschaft, der indigenen Identität, Tradition, Nation, Nationalstaat und Würde umrissen.

Letzteres „ein Wort, welchem weder in der kapitalistischen Wirtschaftslogik noch in der marxistischen Theorie (..) Bedeutung gegeben wird." Zu Unrecht, ist die Würde doch die positive Kehrseite dessen, was bei Marx unter dem Begriff Entfremdung erscheint und „kann so zu einem Gewinn an Eigenständigkeit führen." Wichtig auch, dass mit klaren Worten auf die aus eurozentrischer Sicht formulierte Kritik an der EZLN bezüglich ihres „Nationalismus" eingegangen wurde: „Gerade für die Diskussion in Europa ist es wichtig herauszustellen, dass die EZLN unter keinen Umständen als nationalistisch zu beurteilen ist, ... Die ‚nación' ist (..) keineswegs gleichbedeutend mit der ‚Nation' der westlich(en) Linken. Währen unsereins stets - und gerade in Deutschland - zu einer konstruierten Nation gehörte, zu der wir nichtgehören wollen, sind die Indigenas Mexikos ... stets aus der Nation ausgeschlossen worden..... Die ‚nación' der EZLN ist daher eher mit ‚Gesellschaft' denn mit ‚Nation' zu übersetzen."

Der flüssig geschriebene Text wird durch 267 geschickt platzierte Fußnoten ergänzt, die einen Fundus an Detail- und Hintergrundinformationen bieten. Das Buch ist ausgezeichnet gegliedert, so dass man sich mühelos darin zurechtfindet und die gezielte Suche nach Informationen zu einzelnen Sachverhalten leicht fällt. Mit seinen 287 Quellenangaben unterscheidet es sich von einem „Handbuch" zu dieser Thematik lediglich dadurch, dass es zum Taschenbuchpreis verkauft wird. Es sollte zur Pflichtlektüre für jedeN gehören, die/der sich auf irgendeine Weise mit Mexiko im allgemeinen und Chiapas im besonderen befasst oder an Fragen der globalen Rezeption des zapatistischen Politikverständnisses arbeitet. Es stellt ein Nachschlagewerk zu diesem Abschnitt der mexikanischen Geschichte dar.

Bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass das Buch (im deutschsprachigen Raum) als Korrektiv für das ungerechtfertigte Nachlassen der Resonanz auf die Inspirationen, die von dem zapatistischen Projekt ausgingen und ausgehen, wirkt. Die Qualität dafür hat es.

Peter Clausing

Luz Kerkeling:
LA LUCHA SIGUE!
[Der Kampf geht weiter]
EZLN - Ursachen und Entwicklungen
des zapatistischen Aufstandes.
Unrast-Verlag, Münster 2003. 16,-
ISBN 3-89771-017-X.

Wir sind hier, wir sind Indigenas und wir werden noch lange Zeit präsent sein!

Lila Downs über *Migration, Arbeit, Rassismus* und ihre *Musik*

Dario Azellini 28.06.2003

Lila Downs gehört sicher zu den schönsten weiblichen Gesangstimmen der internationalen Musikszene. Und wer die Tochter eines US-Amerikaners und einer mexikanischen Indígenafrau aus Oaxaca live gesehen hat, weiß, dass ihre Konzerte bestechen. In Oaxaca und Minnesota aufgewachsen, in den USA studiert, in Coyacan/Mexiko gelebt und nun nach New York umgezogen, ist Lila in jeder Hinsicht eine Weltenfrau. Musikalisch mischt sie mexikanische Corridos und Boleros mit afro-karibischen Elementen, Jazz, Blues und Cumbias. Gesang und Musik fließen zusammen und erzählen Geschichten vom Leben in indianischen Dorfgemeinschaften, Migration, Arbeit, Tod, Festlichkeiten und vor allem von Frauen. Lila Downs Stücke sind wie sie: Manchmal ernst und manchmal schmunzelnd, aber auf jeden Fall beeindruckend. Das aktuelle zweite in Deutschland veröffentlichte Album Border oder La Linea, wie die über 3.000 km lange Grenze zwischen Mexiko und den USA genannt wird, ist den mexikanischen MigrantInnen gewidmet, die beim Versuch in die USA zu gelangen ihr Leben verloren.

Ein zentrales Thema in ihren Song-Texten ist Migration. Die Grenze Mexiko-USA und die Maquilas, die Billiglohnfabriken dort. (Reportage zu Tijuana) Warum?

Downs: Für mich ist es wichtig in meinen Gefühlen und in meinem Bewußtsein Brücken zu bauen. Meine Mutter ist eine Arbeiterin, sie war Hausangestellte. Sie verließ ihr Dorf als sie 14 Jahre alt war, weil ihre Mutter sie zwangsverheiratet hatte, und flüchtete nach Mexiko Stadt ohne ein Wort Spanisch zu sprechen. Sie wurde stark diskriminiert, auch wenn sie das selbst nicht so sagt. Aber aufgrund der Sachen, die sie mir erzählt hat, weiß ich, dass sie sehr harte Erfahrungen machen musste und viel Rassismus erlebte. Sie ist eine Arbeiterin, die jetzt mit 65 Jahren ihre Grundschule nachholt und gerade die zweite Klasse besucht, damit sie besser lesen lernt und sich einen größeren Wortschatz aneignet. Für mich es wichtig zu zeigen, dass mir das nicht fremd ist. Meine Mutter ist eine arbeitende Frau und es gibt sehr viele Frauen, die ihre ländlichen Dorfgemeinschaften verlassen, um in den Städten zu arbeiten. Sie arbeiten z.B. als Kindermädchen für die Babys anderer Leute um eine gewisse Freiheit zu erlangen - so wie meine Mutter. Diesen Frauen müssen wir Respekt zollen und in Mexiko haben viele aus der Mittelschicht keinen Respekt gegenüber diesen Frauen. Sie werden mit erniedrigenden Begriffen belegt und ihre wirklich schwere Lebensrealität wird nicht wahrgenommen. Wie schwer es ist, deine Dorfgemeinschaft und deine Lebensweise aufzugeben und viel zu opfern für eine andere Freiheit. Das einerseits... und andererseits ist es auch der Versuch, in das Bewusstsein der Mittelschicht einzudringen und sie zum Nachdenken zu bringen, wer in ihrem Haus das Geschirr abspült, den Boden wischt usw., denn Hausarbeit ist in Mexiko sehr weit verbreitet.

Kann man mit Liedtexten heute noch andere Menschen erreichen? Glauben sie das funktioniert?

Downs: Ich denke es funktioniert, ich bin Optimistin ... meine Mutter ist als Mixtekin ohnehin schon sehr negativ und so habe ich soviel Negativität mitbekommen, dass ich immer versuche das Licht zu sehen, denn es ist sehr natürlich für mich im Dunkeln zu stehen... daher will ich glauben, dass unser Wesen im Grunde gut ist, und dass wir die Herzen der Menschen öffnen können, die noch nicht überzeugt sind. Logischerweise ist es oft so, dass ich für Leute singe, die schon überzeugt sind, die genauso denken wie ich. Aber hin und wieder kommen auch Menschen, die an bestimmte Sachen noch nicht gedacht hatten. Und das sind die Menschen die mir Freude bereiten, wenn sie mir sagen deine Platte hat mich an Sachen denken lassen, die ich vorher nie überlegt hatte. Das gibt mir einen guten Grund zu denken - hier bin ich und dafür lebe ich.

Welchen Einfluss hatte ihre eigene Geschichte, die ja stark von Migration geprägt ist, auf die Musik?

Downs: Als Person suchst du nach den Möglichkeiten, das was du fühlst auszudrücken. Zu Beginn spürte ich Diskriminierung, aber ich wusste nicht genau durch wen und das brachte mich auf diesen Weg, den ich mit der Musik einge-

schlagen habe. Er begann mit der Musik aus Oaxaca, dann folgte Musik, die ich selbst schrieb im Kontext meiner Wurzeln als Mixteken-Indianerin. Es ging um Legenden und Geschichten meiner Großmutter, an die ich mich erinnerte, das gab auch mir und meinen Leuten mehr Kraft. Denn noch heute wenn ich in die Mixteca fahre, deprimiert mich das. Es macht mich sehr traurig. Es ist der Ort an dem ich die größten Probleme verspüre, wenn ich mich damit auseinandersetzen muss.

Aufgrund der sozialen Situation? Der Repression? Oder warum?

Downs: Das hat viele Gründe, von denen ich viele in meinen Liedern jetzt näher beschreibe. Ich verstehe immer mehr und die Musik ist mein Weg gewesen, mein Mittel, um Sachen zu kommentieren und verarbeiten, die ich spüre. Ich bin natürlich sehr privilegiert, weil ich das machen konnte. Viele meiner Mixteken-Genossinnen und allgemein der Mixteken haben dieses Privileg, Künstler zu sein nie genossen. Sie sind vorwiegend damit beschäftigt zu kämpfen und zu versuchen zu überleben. Das Privileg, welches ich als Tochter eines US-amerikanischen Professors genieße, haben sie nie gehabt. Mir hat das in gewisser Weise Flügel verliehen im Verhältnis zu vielen meiner Landsleute. Ich habe begonnen mir dessen bewusst zu sein und angefangen zu schauen, wie ich mein Sandkorn beitragen kann zu dem was geschieht. Aber auf meine Weise, so wie ich bin, denn ich bin anders.

Sie haben neben Spanisch und Englisch auch auf Mixtekisch, Zapotekisch und Nahuatl gesungen. Sprechen sie diese Sprachen auch?

Downs: Ich spreche etwas Mixtekisch, da meine Mutter es seit meiner Geburt immer mit meiner Großmutter sprach. Aber sie hat es mir nicht richtig beigebracht, da sie sich schämte. Jetzt als Erwachsene lerne ich Zapotekisch, denn die Zapoteken-Frauen sind meine Lehrerinnen. Sie sind ganz unglaubliche Frauen und vermitteln dir dieses Gefühl - wir sind hier, wir sind Indigenas und wir werden noch lange Zeit präsent sein. - Ich brauche das sehr. Wir Mixteken sind genau das Gegenteil davon, sehr introvertiert, rückblickend... Leute aus den Bergen eben.

Singen sie noch auf Mixtekisch?

Downs: Ja. Einer der Gründe dafür, eine der Ursachen, die mir Kraft gibt, das weiterhin zu tun, ist dass die Indígenas und ihre Sichtweise des Lebens in der Modernität bestehen können. Das muss in Mexiko weiterhin sehr stark unterstrichen und gefördert werden. Damit nicht der Eindruck entsteht, die Indígena-Sprachen seien archaisch und würden nicht mehr gesprochen. Sie sind in Gebrauch und sie sind lebendig. Für mich ist es sehr wichtig das immer wieder zu betonen und es macht auch deutlich, dass wir eine kulturelle Autonomie besitzen.

Wie reagieren die Mixteken auf ihre Musik?

Downs: Bisher habe ich zahlreiche positive Kommentare zu hören bekommen. Viele sind sehr dankbar. Auch von mixtekischen Forschern und Linguisten habe ich sehr positive Reaktionen erfahren. Mit einigen habe ich ja auch zusammen gearbeitet als ich die CD El arbol de la vida aufgenommen habe. Denn meine Idee war ja die Vorstellungen der Mixteken selbst zu interpretieren und nicht die Analysen der Anthropologen über die Mixteken. Unter den Mixteken ist meine Arbeit sehr angesehen. Weniger angesehen bin ich unter den Mestizen der Region. Denn die Mestizen betrachten mich als zu ihnen gehörig und sicher bin ich in gewisser Weise mehr Mestizin als Mixtekin, aber ich teile nicht die Ideale der meisten Mestizen. Die Welt der Mestizen ist sehr machistisch und eine Frau muss doppelt so viel leisten wie ein Mann um anerkannt zu werden.

Auf ihrem letzten Album singen sie einen Mix der beiden Klassiker von Woody Guthrie Pastures of Plenty und This Land is Your Land, ergänzt durch eigene Worte. An welchen Kontext knüpfen sie damit an?

Downs: Damit versuche ich eine Brücke zu schlagen zu der Kultur mit der ich in den USA auch aufgewachsen bin. Das Lied habe ich als kleines Kind gelernt. Ich habe das in den Kontext der Fragestellung when did you come to America - wann bist du nach Amerika gekommen gestellt, denn - und das auch schon vor dem 11.9. - spürte ich eine Ablehnung gegenüber den Migranten. Jetzt ist es noch schlimmer geworden, ein regelrecht rassistische Aggressivität. In meiner Version des Liedes ging es mir darum daran zu erinnern wie wichtig die Menschen sind, die auf dem Land arbeiten und vieles von dem produzieren, was wir essen.

Wie wird denn ihre Musik in der Latino-Community in den USA aufgenommen?

Downs: Eigentlich sehr gut. Die Anzahl der Menschen auf Konzerten hat stetig zu genommen, besonders in letzter Zeit, aber auch schon vorher. Eine Zeit lang war mein größtes Publikum in Europa, vor allem in Frankreich und Spanien. Aber jetzt ist es in den USA. Und es ist ein sehr gemischtes Publikum. Mexikanische US-Amerikaner der zweiten und dritten Generation und in letzter Zeit viele Migranten, was neu ist, sie haben früher nicht bezahlt, um uns zu sehen, und es kommen auch weiße US-Amerikaner.

An was arbeiten sie aktuell?

Downs: Ich arbeite gerade an der nächsten Platte. Ein Lied davon spiele ich jetzt schon auf Konzerten, es heißt la cucaracha und basiert auf dem revolutionären Corrido. Ich singe es zweisprachig auf Englisch und Spanisch. Es gefällt mir, weil es an die Tradition der politischen Kritik anknüpft. Vielleicht nenne ich meine nächste Platte nach dem Titel. Ein weiterer Song nennt sich una sangre - ein Blut - was darauf abzielt, dass unser aller Blut gleich ist. Niemand hat blaues oder grünes Blut... Die Platte wird wohl Ende des Jahre erscheinen. Wir können uns Zeit lassen für eine gute Arbeit. Unsere Plattenfirma hat uns nie unter Druck gesetzt und wir können alles mit Ruhe angehen.

Bisher in Deutschland veröffentlicht: Lila Downs - Tree of Life (Narada World/Virgin)

www.soligruppe.de

§ 129a

Verfahren gegen Linke in Sachsen-Anhalt

Am Mittwochmorgen des 27.11.2002 wurden in Magdeburg der 23 jährige Marco H. und in Quedlinburg der 21 jährige Daniel W. verhaftet und mehrere Wohnungen durchsucht. Am 28.11. hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe Untersuchungshaft für die beiden angeordnet. Als Grund wird die angebliche Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB sowie deren mutmaßliche Beteiligung an zwei Brandanschlägen am 18.März 02 genannt. Am 16.04.2003 wurde der 23 jährige Carsten S. verhaftet und U-Haft gegen ihn angeordnet. Auch ihm wird die Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung unterstellt.
In den nächsten Monaten werden für die Soligruppe, für die Freunde und die Angehörigen der beiden Inhaftierten große finanzielle Belastungen entstehen. Das sind vor allem:

- Anwaltskosten
- Geld für die Gefangenen: Knastkiosk, Bücher, Zeitungsabos...
- Öffentlichkeitsarbeit

Nach Möglichkeit sollten zumindest die finanziellen Belastungen allein durch die Soli-Struktur getragen werden, das heißt durch uns. Einen Teil der Anwaltskosten kann die Rote Hilfe entsprechend ihrer Satzung übernehmen. Der große Rest muß von uns kommen!

Deshalb ruft Euch die Soligruppe auf:

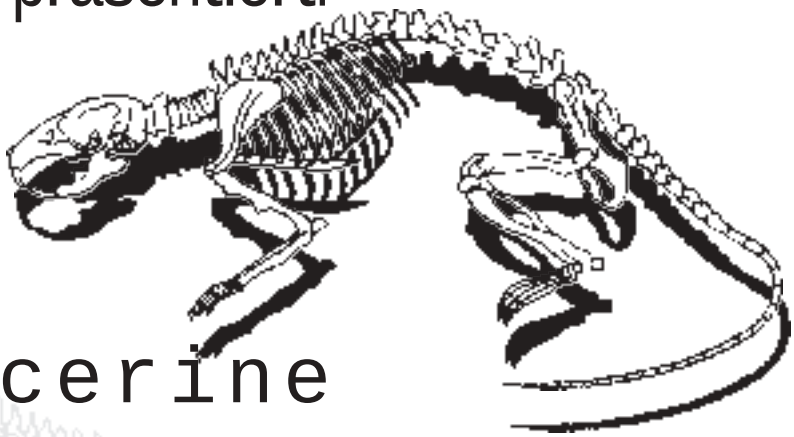
Organisiert Konzerte oder andere Veranstaltungen, über die Geld eingenommen werden kann! Sprecht geeignete Leute wegen Geld-Spenden oder z.B. der Finanzierung von Knast-Zeitungsabos, Büchern etc. an!

Spenden-Konto:
Rote Hilfe Magdeburg
Stadtsparkasse Magdeburg
Kontonr.: **371 519 49**
BLZ. : **810 532 72**
Verwendungsz.: **Soligruppe**

---

crush hour concerts präsentiert:

mo 1.9. 21 uhr



v i a l k a

+ n i t r o g l y c e r i n e

Es sind eigentlich nur zwei Menschen und eine Bühne, Percussion und ein Bass, doch wer jetzt denkt „na toll, klingt ja nicht so spannend“ hat Vialka noch nie live gesehen. Denn mehr brauchen sie nicht um ihr trashig-experimentielles Bühnenspektakel zu inszenieren. Sie erwecken den Eindruck, mensch zappe durch die weiten Weiten von Rythmus, Melodie und Krach - nur dass die Fernbedinung fehlt.

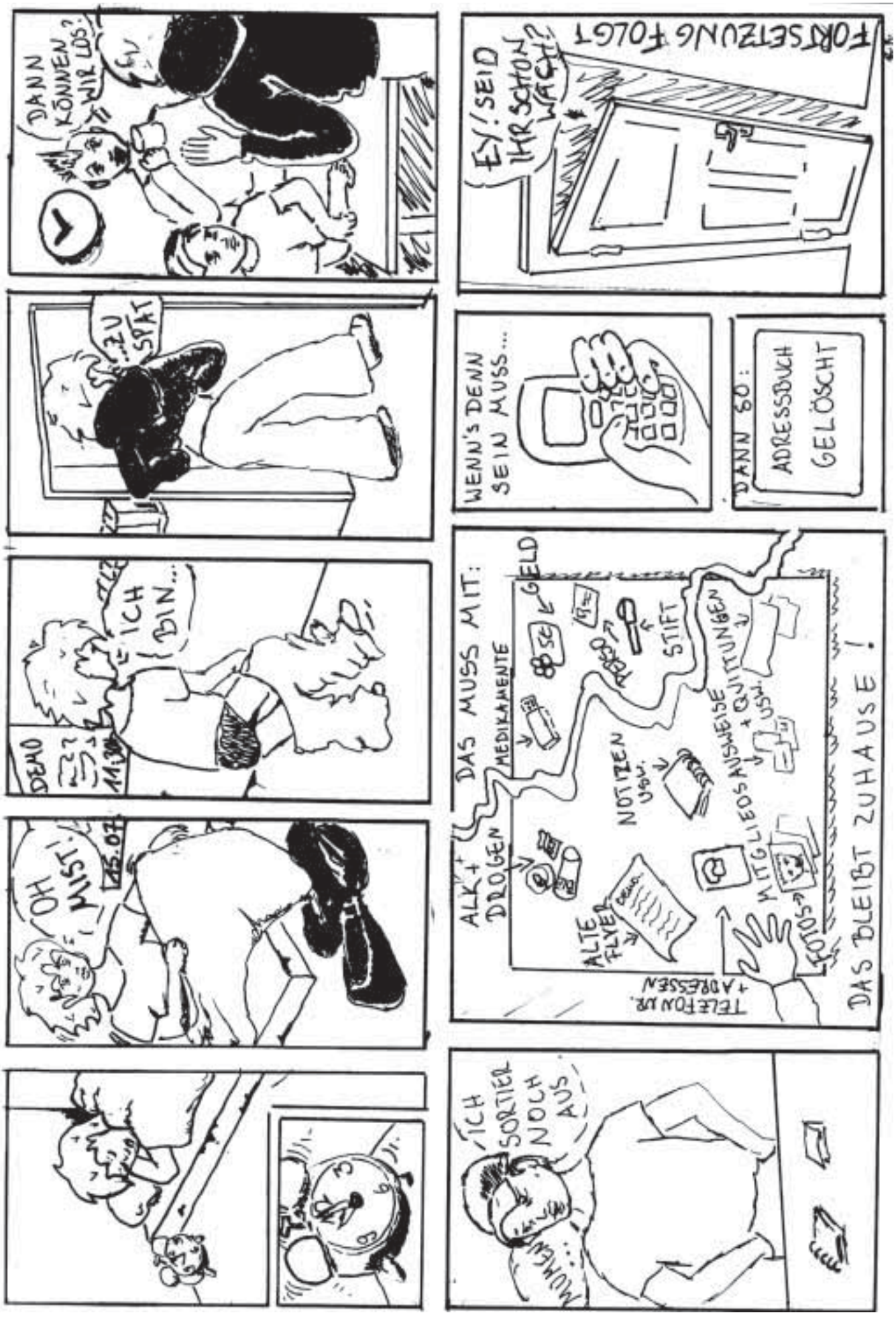
Nitroglycerine aus Oldenburg leiten den Abend mit tollem, lautem Polit-Punk ein. Jiiepieeh-jajeyie!!

so. 28.9. 22 uhr

guts pie earshot

rechtshilfe comix

Teil 1



termine

August

Sa. 2.8. 22:00 Homophilias
Di. 5.8. 20:00 Red Red Red Konzert: Pointing Finger + Day of the Dead
Fr. 8.8. 21:00 Rare Ragga Spices
Sa. 9.8. 22:00 FrauenLesben-Disco
Mo. 11.8. 20.30 Film: Podiumsdiskussion zu Israel-Palästina mit Moshe Zuckermann
Fr. 15.8. 22:00 'Rude Boy' FM presents: Drum´n Bass and Jungle
Sa. 16.8. 22:00 Männerfabrik
Fr. 22.8. 23:30 Drum´n Bass Party
Sa. 23.8. 21:00 Elfenbeinküsten - Nacht
Mo. 25.8. 20:30 Video über Uran-Munition
Fr. 29.8. 21:00 alte Punk-Kneipe (Donnnerstag-Kneipe) Revival-Veranstaltung
Sa. 30.8. 22:00 Rosa Disco

September

Mo. 1.9. 22:00 Crush Hour Concerts: Vialka + Nytroglycerine
Fr. 5.9. 23:30 Projekt Freiraum Goa-Party
Sa. 6.9. 22:00 Lesbischwule Mottoparty
Fr. 12.9. 22:00 'Rude Boy' FM presents: Drum´n Bass and

regelmäßige termine

Wöchentlich:

Mo. 15.00 Archiv
Mo. 15.00 CrushHour Concerts
Mo. 20.30 Antijo - Cojo
Do. 15.00 Jugendcojo „Koloppe"
Do. 15.00 Injoloden Metropole
Do. 17.00 Vokö
Do. 21.00 Oldenberger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cojo joe-joe
2. Do. 21:00 Sonsthor-Kneipe
4. Do. 21:00 Metropole-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 Hetzerinnenplenum